

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenzeilige Zeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 275.

Mittwoch, den 24. November 1920.

27. Jahrgang.

Ein Bismardwort für unsere Tage.

Ein unveröffentlichter Brief des Altreichskanzlers.

Von * * *

Ein führender Parlamentarier sendet uns die folgenden bemerkenswerten Ausführungen. Red.

Es ist eine beliebte Übung jener Politiker, die sich gar viel auf ihr „forsches“ Auftreten zugute tun, sich immer dann, wenn ihnen herausfordernd verlegendes Verhalten zum Vorwurf gemacht wird, auf den Altreichskanzler zu berufen, der angeblich der Typ des politischen Kraftmeiers gewesen sein soll. Während des Krieges haben wir ja prozige Großspinnerei leider nur zu oft gerade von Seiten derjenigen über uns ergehen lassen müssen, die heute die lautesten und aufdringlichsten Schreier sind, wenn es sich ums Protestieren gegen vermeintlichen Terror und angebliche Vergewaltigung von Volksrechten handelt. „Mir kann keiner!“ war da der unabänderliche Wahlspruch der ländergierigen Heimkrieger. Und heute machen jene am grünen Tisch so heldenmütigen Ritter der Feder künstlich in Entrüstung, indem sie vorgeben, ihr Theaterdonner habe beim deutschen Volke nicht den nötigen Widerhall gefunden.

Da mag es nützlich erscheinen, ein Bismard-Wort der Vergangenheit zu entreißen, das die Erbpächterin der politischen Weisheit des Fürsten, die deutsch-nationale „Deutsche Zeitung“, wohl kaum als Leitmotiv an den Kopf des Blattes zu stellen geneigt sein dürfte; vertritt es doch den ihrigen so offenkundig entgegengesetzte Anschauungen, daß auch dem Blindesten die Augen aufgehen müssen. Es handelt sich um eine im Autogramm erhaltene, bisher aber unveröffentlichte Niederschrift Bismards, den Schlußsatz in einem Briefe an den damaligen Chefredakteur der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, Dr. Braß, vom 14. November 1867. Der Fürst schrieb:

... ist es vor allem nötig, daß Sie sich in brennenden Fragen so lange der entschiedenen Parteinahme enthalten, bis Sie sich mit der amtlichen Stelle verständigt haben, und lieber schweigen, so lange Sie der Stellung der Regierung nicht gewiß sind, und daß Sie außerdem Staaten, mit denen wir im Frieden leben und Personen von Bedeutung im Auslande, auch wenn sie unsere Gegner sind, mit Höflichkeit und Schonung behandeln.“

Was würde wohl von der durch Unaufrichtigkeit und Unfähigkeit gekennzeichneten Heftkampagne der reaktionären Presse übrig bleiben, wenn die Herren Bulle und Genossen „lieber schweigen“ wollten, so lange sie der Stellung der Regierung nicht bewußt sind? Das Verfahren, das Bismard als das richtige bezeichnet, würde, falls die Rechtspreffe sich zu seiner Anwendung bequemen wollte, zur notwendigen Folge haben, daß von den Verleumdungen gegen führende Staatsmänner der Republik nichts mehr übrig bliebe (s. „Phosphor-Prozess“) und die Herabwürdigung der demokratischen Staatsform sich nicht mehr als zugräftige Methode erweise. Werden nun die Herrschalten auch in diesem Falle den Worten ihres Herrn und Meisters ein williges Ohr leihen? ...

Das alte Deutschland hat sich in der ganzen Welt verhaßt gemacht, weil es sich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit in taktlosen und unbegründeten Brüstungen des Auslandes gefiel. Es sei nur auf den Fall Luxemburg hingewiesen, jenes gräßlichen Sprößlings, der das Oberhaupt des Staates, bei dem er als Vertreter seiner Heimat beglaubigt war, mit Rosworten wie „alter Esel“ traktierte! „Mit Höflichkeit und Schonung behandeln“ sagt Bismard — liegt nicht ein ganzes außenpolitisches Programm in diesen Worten? Und will es nicht scheinen, als ob dieses Programm sehr wenig mit dem der alldeutschen Gewaltpolitiker, denen „Feste druff!“ trotz aller Reinfälle Leitstern geblieben ist und viel mehr mit dem der als „Leisetreter“ und „Schwächlinge“ verhöhnten „Friedensfreunde“ harmonierte? Wäre der Bismardische Grundsatz während des Krieges befolgt worden, wieviel Unheil hätte verhütet, wieviel Mißverständnisse hätten vermieden werden können! Doch da wollte man sich seinen „frisch-fröhlichen Krieg“ nicht stören lassen, schlug rücksichtslos nach allen Himmelsrichtungen um sich — und das deutsche Volk durfte am Ende die bittere Suppe auslöffeln.

„Lieber schweigen!“ ... Ach, wenn sie doch schweigen! Wenn sie jeden Tag das hiermit ausgegrabene Bismardwort als Morgengebet sprächen! Dann wäre vielleicht — vielleicht! — eine allmähliche Heilung von der beispiellosen Ver-

wirrung zu erhoffen, der die Stützen von Thron und Altar von Tag zu Tag mehr anheimfallen. Und wenn wir uns alle gegenseitig „mit Höflichkeit und Schonung“ behandeln! Dann wäre in der Tat die letzte nationale Einigung vollbracht.

Der Völkerverbund und die deutsche Kolonialnote.

Nach einer Genfer Meldung des „B. L.“ führte der australische Delegierte Miller aus, er werde beantragen, daß die deutsche Kolonialdenkschrift im Plenum des Völkerverbundes besprochen werde. Der deutsche Protest scheint somit nicht stillschweigend übergegangen zu werden.

Die amerikanische Sanierungsaktion.

Wie die „Zürcher Depeschagentur“ aus Newyork meldet, haben führende amerikanische Bankiers dem Präsidenten Wilson einen Plan zur Billigung unterbreitet, durch dessen Ausführung eine Stabilisierung des Welthandels, sowie eine Gesundung der amerikanischen Industrie erwarten, die sich jetzt infolge Mangels an Käufem in einer höchst bedenklichen Lage befindet. Ein Syndikat, dem u. a. Henry Morgentau, Morgan, Lament und die Guarra Trust Co. angehören, schlägt vor, daß das in den Vereinigten Staaten beschlagnahmte deutsche Eigentum, dessen Wert auf 400 Millionen Dollar geschätzt wird, vom öffentlichen Treuhänder Garding auf das Syndikat übertragen werde und die Grundlage bietet, für einen Deutschland zu gewährenden Kredit von 2 Milliarden Dollar zur Lieferung von Baumwolle, Getreide, Kupfer, Nahrungsmitteln, Brennstoffen und anderen Rohstoffen. Die Zustimmung Deutschlands, die erforderlich ist, soll angeblich schon erteilt worden sein. Man glaubt in Newyork allgemein, daß sich Wilson nach der Zustimmung des Kongresses bereit erklären werde, Deutschlands Eigentum in der gleichen Höhe freizugeben, in der Deutschland beschlagnahmtes amerikanisches Eigentum frei gibt. Die Frage soll unverzüglich dem Kongress vorgelegt werden.

Die verbrecherische Hungerblockade.

Die „Humanite“ über das Hungerelend in Deutschland.

In der „Humanite“, dem Pariser sozialistischen Blatt, gibt Paul Ketauz ein ergreifendes Bild der Leiden und Entbehrungen der heranwachsenden Jugend in Deutschland und Oesterreich. Seine Ausweisungen stellen eine gewaltige Anklage gegen die Politik Westeuropas dar und werden, was bemerkenswert ist, auch in einigen elsaß-lothringischen Blättern zum Abdruck gebracht. Der Verfasser des „Humanite“-Artikels erinnert zunächst daran, daß er im Anfang des Jahres 1917 Gelegenheit hatte, in der Schweiz einige hundert Wiener Kinder zu sehen. Niemals, so schreibt er, werde er vergessen, wie die beklagenswerten Opfer der Bahnst. von Zürich durchschritt: „Arme Köpfe, zu schwer für abgemagerte Hälse, arme Glieder mit fleischlosen Knochen, arme hohle Gesichter mit blutlosen Ohren, worin aus wächsernen Höhlen die vergrößerten Augen in tiefem, tiefem Glanz leuchteten.“ Aber die Lage der Kinder in den Zentralstaaten hat sich in der Zwischenzeit eher verschlimmert als verbessert. Der Hunger dauert noch weiter an. Noch schlechter als in Deutschland sind die Zustände in Oesterreich. Dort, wie in Deutschland, sind die Nationen völlig unzureichend. Die Folge ist, daß die Kinder im wahren Sinne des Wortes „vor Hunger sterben“. Das ist eine Ungeheuerlichkeit, dessen sich die Alliierten zur Stunde schuldig machen. In allen Städten der Zentralmächte habe ich das Gleiche wahrgenommen. Was ich sage, was ich allen zurufen möchte, das ist, daß die Verfechter eines Friedensvertrages, die Kinder zum Tode verurteilen, elende oder große Verbrecher sind, daß eine Jornerstraße mir in den Kopf steigt bei dem Gedanken, wie dieser Hunger von uns erdacht, von uns aufrechterhalten und gezeugt wurde, daß es eines Franzosen unwürdig ist, gefühllos zu bleiben vor dieser Ungeheuerlichkeit, die sicherlich durch tausend und aber tausend Fälle bewiesen werden kann, daß unsere Sache in dieser Hinsicht aus jedem von uns einen Mitleidigen macht. Wenn die Alliierten fortfahren, täglich, stündlich so viele arme Leben zugrunde gehen zu lassen, so werden wir alles Recht verlieren, den deutschen Offizieren selbst ihre wirklichen Verbrechen im Kriege vorzuwerfen. Das ungerige ist viel schwerer, da es während des Friedens begangen wird.“

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Die Meldung eines Berliner Mittagsblattes, nach der die Abstimmung in Oberschlesien am 17. Januar 1921 stattfinden soll, geht, wie das „B. L.“ erfährt, nicht von den deutschen zuständigen Stellen aus. Nach den Informationen des „B. L.“ ist dieser Termin verfrüht angelegt und alle ähnlichen Nachrichten müssen mit großer Vorsicht aufgenommen werden. Nach einer Meldung des „B. L.“ wird der Abstimmungstermin erst im Laufe dieser Woche in Paris festgesetzt und darauf sofort amtlich bekanntgegeben werden. Der Sonderausschuß, dem die Behandlung des Gesetzentwurfes betr. Oberschlesien zum Reichstage überwiesen wurde, trat Dienstag nachmittags zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Ausschuh wird voraussichtlich den Gesetzentwurf erledigen, so daß bei zweiter Lesung bereits in der Reichstagsitzung am Donnerstag stattfinden kann.

Ein neuer politischer Mord.

In Mieskowitz wurde der wegen seiner deutschfreundlichen Gesinnung bereits mehrfach angegriffene 75jährige Bauer Kupny von drei maskierten Polen ermordet.

Die Russen abermals vor Kiew.

Aus Warschau berichtet die „Dena“: Die ukrainischen Truppen haben Kiew geräumt und ziehen sich zurück. Die russischen Truppen stehen unmittelbar vor der Stadt, deren Einnahme durch die Rote Armee stündlich erwartet wird.

In Kowno gingen Meldungen aus Moskau ein, wonach die Bolschewisten gegen General Balachawitsch einen neuen Erfolg zu verzeichnen haben. Die Bolschewisten haben ferner die wichtige Stadt Mosio besetzt und eine große Anzahl Gefangene gemacht.

Waffenstillstand zwischen Polen und Litauen.

Nach Telegrammen aus Kowno ist zwischen Polen und Litauen ein zeitweiliger Waffenstillstand zustande gekommen, da Litauen ein zeitweiliger Waffenstillstand gegen Zeligowski einstellt und ferner Zeligowski sich verpflichten mußte, die Einstellung der Feindseligkeiten mit Litauen nicht zu neuen Vorstößen gegen dieses Land auszunutzen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Vor einer Neugestaltung der Geschäftsordnung des Reichstages.

Im Reichstage ist eine Erleichterung der Geschäftsführung dadurch eingetreten, daß die Zahl der Parteien sich vermehrt hat, zum Teil durch Spaltung größerer Gruppen. So hat sich vom Zentrum die Bayerische Volkspartei losgelöst, und die Unabhängige Fraktion ist in zwei neue selbständige Fraktionen zerfallen, in eine „Unabhängige“ „Rechte“ und eine „Unabhängige“ „Linke“. Die neuen Fraktionen fordern aber ebenfalls das Recht; in jeder Debatte mindestens einen Redner stellen zu können. Das bedeutet eine Verlängerung jeder Erörterung um einige Stunden. Dazu kommt, daß die Zahl der „kleinen Anfragen“ ins Ungemessene wächst, so daß meist 30 bis 40 auf einer Tagesordnung stehen. Wie Reichstagspräsident Genosse Loh einem Vertreter der „Deutschen Rundschau“ mitteilte, hat der Reichstagsausschuß des Reichstages auf Antrag des Reichstagspräsidenten den Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages ersucht, eine Reform der Geschäftsordnungsbestimmungen vorzunehmen. Sie soll sich hauptsächlich mit einer Deklaration der sogenannten „schlechten“ Anträge und mit der Frage der Begrenzung der kleinen Anfragen, und zwar sowohl hinsichtlich des Umfangs der einzelnen Anfrage als auch der Anzahl der Anfragen, die von einem Abgeordneten oder insgesamt von einer Fraktion gestellt werden können. Ferner sollen Bestimmungen aus der Geschäftsordnung ausgemerzt werden, die keine praktische Bedeutung mehr haben. So sind in ihr noch „Sektionen“ und „Abteilungen“ erwähnt, die nie in Erscheinung treten, und „Quästoren“, die nie ihres Amtes walteten. Ebenso ist in einem Paragraphen, da man die Geschäftsordnung des alten Reichstages unbedenkenlich übernehmen hat, noch die Annäherung des Reichstagspräsidenten beim Kaiser, den es gar nicht mehr gibt, vorgesehen. Weiter schweben Besprechungen zwischen den Parteien auf Verminderung der zweiten Redner-Garnituren. Jede Partei soll zu jedem Thema möglichst nur einen Redner entsenden. Auch eine Beschränkung der Redezeit ist angezeigt worden. Es ist aber zweifelhaft, ob diese Versuche von Erfolg begleitet sein werden.

Das Wahlrecht im Reich und in Preußen.

Zum Reichstag ist bekanntlich nach einem „vorläufigen“ Wahlrecht gewählt worden, und auch die Preußenwahlen finden nach einem „vorläufigen“ Wahlrecht statt. Es sind nun Bestrebungen im Gange, für das Reich und für Preußen das gleiche Wahlrecht und womöglich auch die gleichen Wahlkreise festzulegen. Die Vorteile dieser Ordnung der Dinge liegen auf der Hand. Strittig ist besonders die Frage, ob man große oder kleine Wahlkreise schaffen soll. Hier gehen die Meinungen noch weit auseinander. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, soll unmittelbar nach den Preußenwahlen ein gemeinsamer Ausschuh des Reichstages und der preußischen Landesversammlung gebildet werden, der diese Wahlkreistragen behandeln und eine Verständigung anbahnen soll.

Hauptausschuß des Reichstages.

Der Hauptausschuß des Reichstages letzte Dienstag seine Beratungen über den Haushaltsplan des Reiches weiterzuführen. Es gelangen eine Anzahl Anträge zur Abstimmung. U. a. wurde ein allseits unterstützter Antrag, von dem beantragten 5 Generalen zwei zu streichen, einstimmig angenommen. Angenommen wurde ferner ein Antrag Heile (Dem.), der bestimmt, daß die Weiterverwendung der nicht auf dem Boden der Verfassung stehenden Offiziere keinesfalls zulässig sei. Die Weiterberatung findet am Mittwoch statt.

Ein Heberbleibel aus der vormärzlichen Rumpellammer.

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Die „Deutsche Tageszeitung“ schlägt gewaltigen Lärm, weil der preussische Landwirtschaftsminister Genosse Otto Braun im Ausschuss der Landesversammlung erklärt hat, daß es das Landbesitzverhältnis...

Nebenbei sei noch einmal bemerkt, daß das Kollegium ursprünglich als Beirat für den die Landwirtschaftsangelegenheiten bearbeitenden Minister geschaffen wurde. Ein solcher Beirat hat doch wohl nur Sinn, wenn er einen Mangel an Sachverständigen im Ministerium ergänzt...

Die Regierungsbildung in Sachsen.

Der Ausfall der sächsischen Landtagswahlen hat hinsichtlich der Regierungsbildung ähnliche Verhältnisse gezeigt, wie im Juni im Reich. Unseren Genossen in Sachsen blieb deshalb zunächst nichts weiter übrig, als die Stellungnahme der „Unabhängigen“ abzuwarten...

Das Urteil gegen die Breslauer Konvulsionskammer.

Nach zwölfstündiger Verhandlung wurde Montag das Urteil in dem Breslauer Konvulsionskammerprozeß nach fünfjähriger Beratung der Geschworenen und nach einständiger Beratung des Verurteilten gefällt. Bei den einundzwanzig Angeklagten wurden fünf freigesprochen...

Der Republikanische Führerbund gegen die dritte Internationale.

Der in Berlin abgeschlossene oberdenkliche Bundesrat des Republikanischen Führerbundes beschloß sich u. a. auch mit der Frage, ob Mitglieder der dritten Internationale gleichartig Mitglieder des Führerbundes sein können...

des Republikanischen Führerbundes. Die dritte Internationale verlangt die Anerkennung der 21 Punkte, die die Forderung von Terror und Bürgerkrieg enthalten. Damit treten die Anhänger der dritten Internationale in bewußten Gegensatz zu den Bestrebungen des R.F.B. Da der Republikanische Führerbund gewillt ist, mit aller Entschiedenheit an seinen Satzungen festzuhalten, ist er der Überzeugung, daß Mitglieder der dritten Internationale nicht Mitglieder des R.F.B. sein dürfen.

Blut, das nach Südnah schreit.

Die „Volkswacht“ in Breslau richtet an den Oberstaatsanwalt folgende öffentliche Anfrage:

„Wie wir bestimmt wissen, hat am 18. oder 19. April der Leutnant Kaufmann, Führer der Montierkampagne von der 8. Marinebrigade, bei seiner Vernehmung vor dem Kriegsgericht in Gladbach erklärt, daß er am 14. März 1920 von einem Breslauer Kriminalkommissar den Auftrag zur Verhaftung von Voronow, Kraus, Schramm, Kermare und Sijowili erhalten habe. Leutnant Kaufmann hat genaue Angaben über den betreffenden Kommando gemacht. Die Genannten sind, wie erinnerlich, sämtlich ermordet worden. Was hat der Herr Oberstaatsanwalt zur Feststellung der Persönlichkeit des Kriminalkommissars getan oder was gedenkt er zu tun?“

Degeß Nr. 2.

Nach einer Meldung aus Karlsruhe hat dort General v. Watter in einer Versammlung gesprochen, die von einem Hauptmann einberufen war. Er verbreitete sich über eine Abwehrorganisation gegen die „rote Armee“, die mit der Degeß nichts zu tun habe, und „im Einvernehmen mit der Reichsregierung“ errichtet werde.

Die Reichsregierung hat allen Anlaß, sofort Klarheit über ihr angebliches Verhältnis zu dem neuen Degeß-Unternehmen zu schaffen. Woher kommen die Gelder für die fraglos reaktionäre Gründung? Steht Stinnes dahinter? Wenn auch ein Staatsanwalt im Gegensatz zur babilischen Regierung, Belastungsmomente vernimmt, das Volk hegt den schwersten Verdacht und wird die Augen offen halten.

Urceltliche Kampfmittel.

Bei den alten Indern unterscheidet man zwischen dem Gotte des Lichtes und dem Gotte der Finsternis. Und so machen's unsere Deutschhöhnischen auch. Sie sind natürlich die Götter des Lichtes, der Reinheit und der Makellosigkeit, und die armen Juden sind die Götter der Finsternis, des Schmutzes und der Sünde. Aber, aber... die Rechnung hat manchmal ein Loch und hier ein sehr großes.

Er scheint da neuerlich eine Broschüre von Dr. Stegried Penthe-Toll: „Die siegreiche Weltanschauung und wir Juden“. Gott sei Dank, daß die alten Staaten zertrümmert, Gott sei Dank, daß der Idealismus niebergetrampelt, Gott sei Dank, daß der Militarismus hochgekommen, daß die Juden recht behalten, daß die jüdische Weltanschauung herangebracht ist! Das Indierengeheul der Herren von rechts kann man sich vorstellen. Voran Herr Reinhold Wulle und seine „Deutsche Zeitung“: „Wer die Broschüre gelesen, der habe erkannt, um was es ginge und jeder brave Christ muß ein braver Antisemit nun werden!“

Ortskrankentag 1920 in Kassel.

Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, dem 1400 Ortskrankenkassen mit acht Millionen Mitgliedern angeschlossen sind und der die bedeutendste Organisation der Sozialversicherungsträger darstellt, hält seine diesjährige Tagung am 29. und 30. November in Kassel ab. Die reichhaltige Tagesordnung wird Gelegenheit geben, alle wichtigen sozialpolitischen Fragen, insbesondere der sozialen Fürsorge und der Sozialversicherung, anzufassen.

Am 2. Dezember findet in Berlin (Schloss Cecilienhof) ein von sämtlichen Krankenkassenverbänden einberufener allgemeiner deutscher Krankentag statt. Den einzigen Gegenstand der Tagesordnung bildet die Frage der Neuordnung des ärztlichen Dienstes in der Krankenkassenversicherung. Die Tagung wird durch Vertreter sämtlicher deutscher Krankenkassen besucht, so daß hinter der Tagung 15 000 Krankenkassen mit 18 Millionen Versicherten stehen werden.

Röhne als Brennholz.

Der Binnenschiffverkehr kommt ständig höherer Bedeutung zu. Es muß alles geschehen, um die Binnenschiffahrt zu fördern. Durch Abgabe von Brennholz an die Schiffe ist der deutsche Binnenschiffverkehr erheblich vermindert worden. Nun regen sich die deutschen Binnenschiffahrtsverbände, besonders im Gebiet der mittleren Wasserstraßen, sehr energig gegen diese Abgabe. Sie gehören meist Kriegsgeheimnissen, die ihre Fahrzeuge während des Krieges nicht unterhalten konnten und jetzt die hohen Reparaturkosten für die veralteten Röhren nicht aufbringen können.

lust von rund 35 000 Tonnen Transportraum. Dieses Verbot, das für den wichtigeren Transportmittel muß verhindert werden. Das Reich und Preußen wollen daher gemeinsam bis zu zwei Dritteln der Reparaturkosten den Eigentümern zur Instandsetzung ihrer Fahrzeuge zur Verfügung stellen.

Der „Klabberdatsch“ im Dienste der Degeß!

Die neueste Nummer des „Klabberdatsch“ vergnügt sich damit, für die Degeß in die Presse zu springen und in Bild und Wort den preussischen Minister Severing zu beweiheilen, weil er diese Organisation der Gegenrevolution für Preußen verboten hat. Der Verleger des Degeß-Wochenblattes verleitet es auch, Severing in einem Gebicht deswegen anzugreifen, weil er im Berliner Elektrizitätsstreik die Nothilfe nicht rechtzeitig einberufen habe.

Einmal warst Du freihetlich und hattest Witz, ja, männiglich las Dich mit viel Vergnügen. Heut bist Du „national“, doch leider liegt Dein guier „Geist“ nun in den letzten Zügen. Drum merk's: Man kann wohl Geist und Freiheit einen, Doch Witz und Reaktion? — Da muß die Muse weinen!

Kleine politische Nachrichten.

In den nächsten Tagen findet eine Konferenz statt, die darüber entscheiden soll, ob Emden in Reichshafen werden soll oder nicht. Anfangs waren die maßgebenden Stellen mit einer Uebernahme durch das Reich einverstanden; neuerdings haben sich jedoch Bestrebungen geltend gemacht, Emden weiterhin Preußen zu überlassen, weil sie von einer Uebernahme durch das Reich eine Benachteiligung Emdens gegenüber anderen Reichshäfen befürchten.

Im Hamburger Hafen liegen elf von Amerika angekaufte Zylinder-Metallflugzeuge verladungsbereit, deren Ausfuhr von der Entente verhindert wird. Der Einspruch der Luftüberwachungskommission führt sich auf das Bauverbot des Friedensvertrages, das aber nach Ansicht der deutschen Regierung längst abgelaufen ist.

Die Abstimmungskommission ist Montag aus Klagenfurt abgereist, nachdem das Abstimmungsgebiet endgültig in die österreichische Staatsgewalt übergegangen ist. Der südslawische Minister des Aeußern, Trumbitch, kam um seine Entlassung ein. In dem Begleit Schreiben erklärt er, daß er seine Mission in der Abtrastfrage durch Unterzeichnung des Vertrages von Rapolla als beendet ansehe.

Die „Daily Express“ teilt mit, wurde Lord Wellington an Stelle Lord Chelmsfords zum Vizekönig von Indien ernannt. General Townshend, der Verteidiger von Kutel Amara wurde bei der Eschwahl in Wexin mit 14 565 Stimmen ins englische Unterhaus gewählt. Der Arbeiterkandidat erhielt 10 600 Stimmen.

Aus Paris wird gemeldet: Die griechische Volksabstimmung über die Rückkehr des Exkönigs Konstantin ist auf den 5. Dezember verschoben worden. Wie das in Sofia erscheinende Blatt „Miro“ berichtet, hat die bulgarische Regierung beschlossen, die Frauen einer Anzahl angefallener bulgarischer Heerführer in Untersuchung zu ziehen und unter Anklage zu stellen, da sie durch den Einfluß, den sie auf ihre Männer ausgeübt hätten, für den katastrophalen Ausgang des Krieges mit der Verantwortung trügen.

In den Vereinigten Staaten gab es 1918 20 944 Millionen ägyptische Pfund im Jahre 1917. 67 hatten ein Einkommen von über 1 Million Dollar.

Italien.

Gemeindewahlrecht für Frauen.

Die Kammer hat mit 240 gegen 10 Stimmen einen Zusatzantrag zum Gemeindewahlgesetz angenommen, nach dem den Frauen das gleiche Wahlrecht zuerkannt wird, wie den Männern. Ein Antrag zugunsten der Wahlpflicht wurde mit 144 gegen 78 Stimmen abgelehnt, ebenso ein Antrag zugunsten des Wahlrechts der Unteroffiziere und Soldaten.

England.

Der Offiziersmord in Dublin.

Englische Blätter melden aus Dublin, daß das Militär nach Umzingeln der Stadt jeden Fußgänger, Fuhrwerks- und Bahnverkehr stilllegte. Die Truppen besetzten die Hauptstraßen. Es fanden Straßenkämpfe zwischen den Streitkräften der Regierung und den irischen Freiwilligen statt. Auf beiden Seiten wurde eine Anzahl Personen verwundet. Es wurden mehrere Freiwillige gefangen genommen. Amlich wurde in Dublin bekanntgegeben, daß der Lordmayor die Polizei um Schutz ersuchte, da keine städtische Polizei verfügbar war. Es wurde ein Trupp Militärpersonal zum Schutz des Lordmayors entsandt. Nach den letzten Nachrichten ist die Stadt „ruhig“. Keine Zeitung ist erschienen. Die englischen Blätter sind nicht eingetroffen. Die Offiziere siedeln aus dem Hotel in die Kasernen über.

Das Unterhaus nahm Montag unter tiefem Schweigen eine Erklärung des Unterstaatssekretärs für Irland, Greenwood, über die Ermordung von Offizieren in Dublin entgegen. Nach Verlesung des Berichts entstand eine Auseinandersetzung zwischen dem Nationalisten Deakin und dem Unionisten Wilson, die darauf aneinandergerieten, daß die Sitzung aufgehoben werden mußte. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen erklärte Lloyd George, daß die Regierung fest entschlossen sei, der Verschwörung und den Mordtaten ein Ende zu bereiten. Wilson erhob sich darauf wieder, um eine Frage zu stellen. Die übrigen Deputierten wollten ihn am Sprechen hindern, wodurch ein neuer Tumult entstand, der nochmals zu einer Unterbrechung der Sitzung führte. Lloyd George erklärte weiter, den irischen Behörden gestalte es nach und nach, der Verschwörung Herr zu werden. Wenn sich jedoch die augenblicklichen Beweismomente als ungenügend erweisen sollten, werde die Regierung nicht zögern, vom Parlament die notwendigen Vollmachten zu fordern.

Der „Telegraph“ meldet aus London: Die englische Arbeiterpartei lag im Hinblick auf die Wahlen in Dublin vom dem Plan ab, eine Untersuchungskommission nach Irland zu senden. In der öffentlichen Erklärung verurteilt die Partei auch die irische Bewegung in Dublin und fordert, daß die Unternehmungen erlassen, daß sie mit dem Verbrechen nichts zu tun haben.

Die Fraktion Coleman

wird mächtig für die Mischmaschvereinigung zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Eine Zuspätkommen aus demokratischen Kreisen macht ihr nämlich plausibel, daß im Bürgerium absolut keine einheitliche Auffassung über politische und wirtschaftliche Fragen besteht, ja daß sogar die Gegenläufe innerhalb des sogenannten Bürgeriums erheblich größer seien als die einiger seiner Teile zu der alten Sozialdemokratie. Deshalb könne im Ernste niemand in eine Homogenität in grundsätzlichen Fragen innerhalb der erweiterten bürgerlichen Gemeinschaft glauben. Diese politische nicht unübliche, wenn auch logisch nicht ganz folgerichtige Auffassung paßt der Generalanzeigerfraktion in specie absolut nicht, und sie verliert sich in Hängen und Würgen das Gegenstück zu bemerken. Da der Generalanzeiger mit der hohen Politik nichts gemein hat, sondern als unabhängiges Organ wie alle Generalanzeiger offen und verheißt im reaktionären Winde segelt, so ist ihm eine ehrliche politische Scheidung in unserm Staatsparlament höchst zuwider. Er steht in den politischen Fraktionen eine Zerspaltung des Bürgeriums und verfolgt mit aller Hartnäckigkeit den Zweck, die alte Herrlichkeit wieder aufzuwachen. Bei der früheren Mandatsverteilung waren freilich größere Gegenläufe immer ausgeschlossen, weil sich keiner herausnehmen durfte, entgegen der oberherrlichen Strömung zu stimmen. Er wäre sonst zum letztenmal Bürgerrechtsmitglied gewesen. An Beistandern fehlt es doch gewiß nicht. Die Fraktion Coleman will den kürzesten Stiel zur Zusammenfassung des Bürgeriums anwenden, um gegen die Sozialdemokratie gefeilt zu sein. Das rote Tuch soll wirken. Dabei übersehen die Lieben Leute ganz, daß es gegen die Fraktion in der Bürgererschaft gar kein Mittel gibt. Es ist nicht mehr wie Anno dazumal, wo man alle Nasenlang das Wahlrecht nur aus dem Grunde verweigerte, um den Ansturm der Sozialdemokraten abzuwehren. Ob sich die bürgerlichen Parteien weiter zerspalteten oder nicht, bleibt völlig gleichgültig, obwohl wir es vom politischen Grundsatze aus bedauern. Denn die Erfahrung lehrt, daß die vom Generalanzeiger propagierte und auf den Bürgerbund übertragene Politik zu nichts anderem als zur Grundlosigkeit führt. Diese wird im besten Falle eskalieren. Sobald die reaktionären Bürgerrechtsmitglieder wieder auf dem Plan erscheinen. Reizt sich diese Tatsache schon im Reich, wieviel mehr bei der im Bürgerium herrschenden heimlichen Aufspaltung über die politischen Notwendigkeiten des Tages. Wer derartige Gedanken sind der Fraktion Coleman fremd. Wir wählten auch im letzten Reichstag kein Mitglied aufzuschlagen, von gerade von dieser Fraktion in der Bürgererschaft besondere Taten verzeichnet wären. Der Einfluß, den der Generalanzeiger für das Bürgerium gegenüber der Sozialdemokratie in der Bürgererschaft fordert, wird in letzter Linie nicht durch die Wünsche des bürgerlichen Blodes erzielt, sondern durch die Zahl der Mandate. Bis her hat auch die Sozialdemokratie, wie sich übrigens von selbst versteht, die Notwendigkeiten des Staates in den Vordergrund ihres Handelns gerückt; sie wird sich auch in Zukunft dieser Pflicht bewußt sein. Aber die sozialdemokratische Fraktion wird sich nicht entziehen lassen, die neuen Herren und ihre Wünsche genauer anzusehen. Eines hätten wir bald vergessen. Die demokratische Zuspätkommen enthält noch folgenden Satz: „Demgegenüber betont die Deutsche demokratische Partei, daß Politik höchste sittliche Pflicht ist, da sie von der Politik die Stärkung des Verantwortlichkeitsbewußtseins für das Gemeinwesen ohne Rücksicht auf materielle Interessen erwartet. Die Deutsche demokratische Partei ist daher bestrebt, den politischen Gedanken im öffentlichen Leben zu pflegen, da durch ihn allein die materielle Einstellung auf den Staat ausgeschieden oder doch gemildert werden kann. Von einem Bürgerbund kann sie die Erfüllung dieser wichtigsten Aufgabe nicht erwarten.“ Für den Generalanzeiger ist dieses demokratische Bekenntnis eine sehr bittere Pille. Er weiß sie einfach ab, indem er behauptet, sittliche Pflicht in der Politik sei eine Nebenart und weiter nichts. Damit hat er vollkommen recht. Denn die Pflicht zur politischen Reinheit liegt nicht im Bereich der Generalanzeigerpresse. Dort kennt man nur das eine Kapitel: das Wohl des Vaterlandes. Damit meint man das Wohl der bestehenden Klassen, die Bekämpfung der Volksrechte und Anhimmlung der alten Gewalten. Politische sittliche Pflicht läuft dort in dem Bestreben aus, der Reaktion auf alle Fälle die Steigbügel zu halten.

Neue Schnellverbindungen ab 15. November 1920.

Table with train routes and schedules. Columns include destination (Karlsruhe, Frankfurt, Kassel, Hannover, Hamburg, Lübeck, Warnemünde, Rostock, etc.), departure times, and agents (M.E.Z., W.E.Z.).

Der Zug D 7 wartet bei verspäteter Ankunft des Zuges D 75 in Hamburg-Saupf. bis 15 Minuten, also bis 8 1/2.

Ghöffengericht.

Ein gefährlicher Balkenleger, der Unteroffizier W., stand am Dienstag wegen Diebstahls vor dem Ghöffengericht. Der Angeklagte wurde auf seinen eigenen Wunsch gewollt, da er, wie er angab, leicht tödlich würde. Er räumte sich nicht nur in Rügen, sondern auch in Deutschland gegen die Rüststruppen gerichtet zu haben. W. erhielt wegen Diebstahls eines Reiseschiffes mit Kleidungsstücken und anderen Sachen 2 Monate Gefängnis. Ein betrübliches Manöver verübte die Götterin W., die Krankenschwester war und in dieser Nacht in dem Gefäß des Kaufmanns B. erlöchen, um einen Bekleidungsgegenstand zu stehlen. Sie erwarb sich unter Vorpiegelung falscher Tatsachen einen Hals im Werte von 1000 Mk. Die Angeklagte, die zahlungsunfähig war, wollte 100 Mk. annehmen und pro Monat eine Abzahlung von 100 Mk. leisten. Sie hat ihrem Dolmetscher, der angeblich einen Betrag annehmen wollte, den Betrag zeigen zu dürfen. Unter dieser falschen Angabe dürfte sie den Krüger mitnehmen, den sie aber sofort für 600 Mk. veräußerte. 100 Mk. erhielt davon B. als Anzahlung und den Rest verbrauchte die Angeklagte für sich. Das Urteil lautete wegen Betruges auf einen Monat Gefängnis. Eine Kellnerin erlitt während eines Tages zwischen dem Krüger wagenführer Da und dem Autobehälter S. in der Werkstatt des Lehrers. Die beiden „Kampfbühnen“, die sich gegenseitig verprügeln, wurden von 2 Personen, die bürgerlich waren, auseinander getrieben. Da ist darauf hinter S. verurteilt und hat ihn mit einem Eisenstab über den Kopf geschlagen. Da wird von S.

weiter angegriffen und mit einem Hammer geschlagen worden sein. Geheuer wurde freigesprochen, da das Gericht bei ihm Notwehr annahm. Da erhielt 2 Wochen Gefängnis. — G. Lieberung u. K. Der Kaufmann Wallfeldt hatte im Juni durch Schleichhandel 23 Zentner Mehl von Rapsburg bezogen. Das Mehl, das mit einem Dampfer nach hier befördert und bei dem Gastwirt B. untergestellt wurde, verfiel der Beschlagnahme durch die Kriminalpolizei. In dieser Sache ist der Angeklagte bereits wegen Schleichhandels mit einem Monat Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe bestraft worden. Am Dienstag hatte W. sich wegen Restbezugs zu verantworten, da er nach der Beschlagnahme aus allen Säcken etwas Mehl herausnahm, um es selbst zu schaffen. Der Angeklagte behauptet, daß er von der Beschlagnahme keine Kenntnis gehabt habe. Das Gericht erkannte wegen Arrestbruchs auf 3 Wochen Gefängnis. — Geldstrafe per 1000 Mk. Die Waren, diese sonderbare Ansicht äußerte der Dolmetscher und Geschäftshändler R., der wegen Beleidigung eines Eisenbahnbeamten angeklagt war. Er hatte auf dem Bahnhof einen Beamten, der die Fahrkarten kontrollierte, in der Erregung beleidigende Worte gesprochen. Der Angeklagte hat um Freisprechung, sollte er aber mit einer Geldstrafe belegt werden, so müsse er als mittelalter Mann die Strafe durch Erhöhung der Warenpreise wieder herauszahlen. Wir glauben schon, daß es tatsächlich so gemacht wird, haben aber nicht dieses offene Eingeständnis im Gerichtssaal erwartet. R. wurde zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Wegen Schleichhandels hat der Händler Kretschmer eine Strafvollstreckung von 2 Wochen Gefängnis und 800 Mk. Geldstrafe erhalten, wogegen er Berufung einlegte. Dem Angeklagten wurden in Odesloe, als er mit dem Zuge nach Hamburg fahren wollte, einige Pfund Butter, Wurst und Fleisch abgenommen. Er behauptete, daß er die Waren in Lübeck für seinen eigenen Bedarf gekauft habe. Das Gericht hielt Schleichhandel nicht für erwiesen. Es hob den Strafbefehl auf und erkannte wegen Vergehens gegen die Lebensmittelverordnung auf eine Geldstrafe von 500 Mark. — Ebenfalls wegen Schleichhandels hatte sich der Arbeiter D. wegen der Kaufmann Säu. zu verantworten. Geheuer hatte Butter in Meddenburg aufgekauft und in Lübeck für 34 Mk. pro Pfund verkauft. Der Angeklagte ist geständig, diese Handlung einmalmal verübt zu haben. Das Gericht hielt aber für erwiesen, daß D. seit längerer Zeit wöchentlich Butter auf dem Wege des Schleichhandels nach Lübeck gebracht hat. Er erhielt eine Gefängnisstrafe von 3 Tagen und 800 Mk. Geldstrafe. Der Mitangeklagte S., der einige Pfund Butter für 12 Mk. von D. kaufte und sich weigerte den hohen Preis zu zahlen, erstattete die Anzeige. Wegen Vergehens gegen die Lebensmittelverordnung betreffs Kundenliste erhielt Säu. 10 Mk. Geldstrafe.

Verein Arbeiter-Jugend. Donnerstag, den 25. November, 7 1/2 Uhr abends: Vorkände-Funktionärsitzung bei Paul Rabbe, Untertrave 100. Abfahrt der Delegierten für den Jugendleiterkursus: 5 Uhr 10 Min. abends. Rechtzeitig erscheinen.

Achtung Jungvolk! Donnerstag, den 25. November, abends 7 1/2 Uhr, im Abtinen-Café, Untertrave 100, Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Vollzähliges Erscheinen bringen erwünscht. Der Arbeitsausschuß.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Einigungsamtes beim Wohlfahrtsamt hat der Senat Herrn Assessor Legimeyer an Stelle von Herrn Rechtsanwalt Dr. Hahn bestellt.

Briefpost nach Uebersee. Der Dampfer „Harburg“ fährt am 27. November von Hamburg nach Niederländisch-Indien; er wird zur Beförderung von Briefsendungen jeder Art benutzt, die mit dem Namen des Dampfers oder dem Vermerk: „Mit Hamburger Dampfer“ bezeichnet sind. Schluß bei dem Postamt Hamburg 1 am 27. November um 10 Uhr vormittags für Einschreibbriefe und um 12 Uhr mittags für andere Briefsendungen.

Der Reichsbund der Kriegesbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserhinterbliebenen veranstaltet am Donnerstag abend in der „Klora“ einen plattdeutschen Theaterabend, auf den auch an dieser Stelle hingewiesen sei. Zur Aufführung gelangt Hebbels Maria Magdalena.

Die Dampfbäderet Hansa wird von jetzt ab die sogenannten Quaterbrötchen unentgeltlich kochen. Die dafür erforderlichen, jetzt ersparten Mittel sollen einem Fonds für die Spellung Unbemittelter zugute kommen.

Für die deutsche Kinderhilfe. Der Arbeitgeber-Bund hat beschlossen, keinen Mitgliedern zu empfehlen, sich an der Sammlung für die Deutsche Kinderhilfe mit 1 Prozent ihrer monatlichen Gehaltseinzahlungen an Wäsen und Gehältern zu beteiligen.

Das volkstümliche Konzert am Donnerstag, dem 25. November, wird ganz außerordentlich schön und interessant. Die große Organ-Quartette, wie die symphonische Dichtung: „Die Wolbau“ sind schon allein des Konzerts wert. Dann kommt die schwedische Abasobie, die lauter alte bekannte Volksmelodien umfaßt; und ein Oratorienstück für den ersten Kontrabaßisten. Das Publikum wird erkannt sein, welche Virtuosität auch auf solchem Instrument möglich ist. Der übrige Teil des Programms umfaßt Werke der leichteren Muse, so daß wieder jeder auf seine Kosten kommt. Der Saal ist gut geheizt. Vorverkauf im Konsumverein und bei Bahnen, Federstraße 49.

Theater im Gewerkschaftshaus. Wie machen nochmals auf die heute abend stattfindende Vorstellung des Bühnenpersonals des hiesigen Stadttheaters im Gewerkschaftshaus aufmerksam. Vorverkaufskarten sind im Volkshotel und im Gewerkschaftshaus zu haben. Da der Saal gut geheizt sein wird, ist ein großer Besuch zu erwarten. Näheres Interesse.

Mütterabende. Das Jugendamt schreibt uns: Im Anschluß an die Säuglings- und Kleinkinderfürsorge findet ein Mütterabend für den inneren Stadtbezirk am Donnerstag, 25. November, abends 7 Uhr, im Konfirmandensaal der Jakobikirche, für den Vorstadt- und Marktbezirk am Freitag, 26. November 1920, abends 7 Uhr, im Konfirmandensaal der St. Gertrud-Kirche statt.

Die Scherzschubbe findet am Donnerstag morgen von 7-9 Uhr statt!

ph. Kiechaber seiner Felge. Am 21. d. Mts. sind aus einem Hause in der Kronstraße 2 Wismardamenpelmantel, von denen einer mit Stankelagge besetzt ist, 2 Wismardamenmantel und ein Stankelagge gestohlen worden. In dem dringenden Verdacht des Diebstahls geriet ein hier wohnhafter Monsieur und ein Dienstmädchen aus Schwabenhof, beide wurden vorläufig festgenommen.

ph. Festgenommen wurde eine Arbeiterin von hier, die einem Seemannsknecht seine ganze Bauschaft, bestehend aus 650 Mk., gestohlen hatte und ein Schlagier aus Oldenburg, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Diebstahls fleckweise verfolgt wurde.

ph. Festgenommen wurde ein früherer Kunstmaler aus Eichenhof, der in dem dringenden Verdacht steht, zwei Magnete aus Motorflügen von einem Güte in der Nähe von Odesloe gestohlen zu haben. Die Magnete sind an einen hier wohnhaften Arbeiter G. verkauft, der sie sofort nach Hamburg weiterverkauft hatte. Dort sollten die Magnete beschlagnahmt und zur Verfolgung des rechtmäßigen Eigentümers gestellt werden.

Theater und Musik.

Einen großen Heterleitererfolg erzielte Dienstag abend im Schauspielhaus Georg Olontowski's Schwant „Großstadtrevue“. Wie bei vielen Schwanten, so geht es auch im „Großstadtrevue“ etwas hinterher zu, und an die Wirklichkeit der Vorgänge darf man keinen allzu strengen Maßstab legen. Immerhin darf man Olontowski wenigstens das zubilligen, daß es den gebundenen Dichtungsverstand nicht gut zu sehr begünstigt.

hat, sondern sich halbwegs im Bereich des Menschendürftigen hält. Ein Berliner Modell, Gustav Bannewitz, das Matern und Bildhauern für die Welt, gerät in eine Kleinstadt, wo gerade eine der Honoratioren, der Fabrikbesitzer Hagedorn, sein Jubiläum als Fabrikant begeht. Durch einen kurzfristigen Magistratsassessor wird Bannewitz für einen Ministerialrat gehalten, der als Vertreter der Regierung am Jubiläum teilnehmen und Hagedorn den Kommerzienratstitel und andere Auszeichnungen, wie sie im alten Obrigkeitsstaate zum Jubelgehör gehörten, überbringen soll. Bannewitz gefällt sich schließlich in der ihm ausgesetzten Rolle ausgesprochen, zumal ihm eine Portion Butterwurst und Menschenkenntnis nicht abgehen. Selbstverständlich plagt schließlich die Bombe, aber die Handlung, oder was man so nennen mag, gibt Olontowski Gelegenheit zu einigen recht lustigen Szenen. Das Endergebnis sind zwei Verlobungen; auch führt Hagedorns Sohn, der sich ohne Wissen seiner Eltern in Berlin verheiratet hatte, ihnen seine junge Frau zu. Für Gustav Bannewitz aber, den Mittelpunkt, um den der ganze Schwant geschoben ist, fallen aus einer Erbhoft 25 000 Mk. ab. Im prohen und ganzen sind es alte Bekannte, denen wir in diesem Schwante begegnen. Es gibt auch nichts Neues, was sich nicht schon in anderen Schwanten ähnlich angeordnet hätte. Über Olontowski versteht sich auf das Handwerk, aus alten Kleidern ein schönbar neues herzustellen, und man lacht schließlich über den Unfuss und Unf., ohne dem Verfasser allzu gram zu werden. Das Hansatheater hatte für den Schwant alles aufgeboten, was in seinen Kräften steht, so daß der Rahmen geradezu glänzend war. Unter der Spielleitung Paul Hildebrandts wurde frisch und flott gespielt. In Reinhold Wolf besitzt zudem die Bühne vor dem Hoftheater einen Schauspieler, dem Rollen, wie dieser falsche Großstadtrevue Gustav Bannewitz, geradezu auf den Leib geschriebe sind. Das Publikum, das sich ziemlich zahlreich eingefunden hatte, raste und quetschte vor Vergnügen, als Wolf in der Pose als Herkules auf der Bühne erschien, vorn und hinten je einen Bettvorleger als Bekleidungsstück. Auch die übrigen Mitspieler: Direktor Oskar Grami als Fabrikbesitzer Hagedorn mit den Bewußtseinsstörungen, Alta Sofer als „Moral-Emma“, Paul Hildebrandt (Oskar), Leni Kraus als „vermählte“ Agnes, Hildebrandt (Hilke), Paul Schneider (Magistratsassessor Wolf), Hilke Wöbbitz (die temperamentvolle Emilia) usw. boten durchweg recht Erfreuliches, so daß das Publikum aus dem Saal gar nicht heraustrat. Wer ein Theater nur aufsucht, um sich ein paar Stunden harmlos zu unterhalten und die bösen Grillen verschonen zu lassen, kommt beim „Großstadtrevue“ voll und ganz auf seine Rechnung.

Neueste Nachrichten.

Verständigung über die preussische Verfassung. II. Berlin, 24. November. Wie die „P. P. N.“ erfahren, ist die endgültige Verständigung der drei Mehrheitsparteien über die preussische Verfassung nahezu gesichert. Es dürften an den Beschlüssen der zweiten Lesung nur geringfügige Änderungen vorgenommen werden.

Der neue Vorstand der Zentrumsfraktion. II. Berlin, 24. November. Wie das „B. L.“ erfährt, ist gestern die endgültige Wahl zum Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages erfolgt. Zum ersten Vorsitzenden wurde erneut der Abgeordnete Geheimrat Trimborn gewählt. Zweiter Vorsitzender wurde der Abg. Feder-Rosenberg und dritter Vorsitzender der Abg. Barlage. Die Notwendigkeit der Neuwahlen hat sich u. a. daraus ergeben, daß mehrere Mitglieder des früheren Vorstandes, vor allem die jetzigen Reichsminister, ausgeschieden waren.

Vorarlberg verlangt das Selbstbestimmungsrecht. II. Genf, 24. November. Eine Delegation von Vorarlberg ist in Genf eingetroffen, um dem Völkerbund eine Demandschrift zu überreichen, in welcher für Vorarlberg das Selbstbestimmungsrecht in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht verlangt wird.

Wichtige Beschlüsse der Völkerverhandlungsmission. II. Genf, 24. November. Gestern nachmittag haben mehrere Kommissionen der Völkerverhandlungsmission bereits Beschlüsse von allgemeinem Interesse gefaßt. In der ersten Kommission, die sich unter Vorsitz Balsons mit der Verfassung und der inneren Organisation des Völkerverbundes zu befassen hat, kam es zu einer allgemeinen Aussprache über die den Artikel 4 des Beschlusses Friedenvertrages betreffenden Entwürfe der Nachbarstaaten Schweden, Dänemark und Norwegen. Es handelt sich um eine Erweiterung der Vertretung der kleineren und mittleren Länder in dem Rahmen des Bundes, um die Festlegung regelmäßiger Tagungen der öffentlichen Versammlungen und um das Recht der Mehrheit der Mitglieder bei der Einberufung des Rates. In der Kommission wurde die Frage behandelt, ob die Verankerung des Völkerverbundes das Recht habe, seine im Versailler Vertrag festgesetzte Verfassung zu ändern. Die große Mehrheit äußerte sich in bejahendem Sinne, erklärte sich aber ausdrücklich damit einverstanden, daß die Entscheidung bis zur nächsten Tagung verschoben werden soll, zumal ein Teil der von den Nachbarstaaten gestellten Entwürfe auf dem Wege der Geschäftsordnung durchgeführt werden könne, ohne daß deshalb der Wortlaut des Versailler Friedensvertrages geändert werden müsse. Die Unterkommission der 5. Kommission, der die Prüfung der Eintritte gesamt übertragen war, hat sich für die Zulassung derjenigen Länder erklärt, die bereits vor dem Kriege selbständige Regierungen hatten, und die gegenwärtig ein genau abgegrenztes Gebiet anwiesen. Dazu gehören: Österreich, Bulgarien, Finnland und Litauen. Dagegen wurde die Entscheidung über die Zulassung der neuen noch in der Bildung begriffenen Staaten der russischen Nachbarstaaten: Estland, Litauen, Letland, Ukraine und Georgien vertagt.

Starke Spannung zwischen Japan und Amerika. II. Kopenhagen, 24. November. Die japanischen Zeitungen erklären, wie ein Telegramm aus London meldet, die Möglichkeit eines Krieges mit den Vereinigten Staaten. Die Zeitungen sehen über den Stillen Ozean schwere Wolken heraufziehen und richten gegen die Vereinigten Staaten und deren politisches und wirtschaftliches Vorgehen heftige Angriffe. Die Zeitungen sagen, daß der Vorhang jetzt aufgehe zu dem großen Konfliktkrieg, welcher ausgelöst werden muß.

Polen erklärt seine Neutralität. II. Warschau, 24. November. Die lettische Regierung hat der Regierung in Rom in einer Note ihre absolute Neutralität im polenitalienischen Konflikt erklärt.

Frontbericht der russischen Roten Armee. II. Stockholm, 24. November. Im Frontbericht des Generalkommandos der Roten Armee vom 23. November heißt es: Die aktiven militärischen Operationen gegen Peltzura haben begonnen. Die vollständige Zerstörung dieser Armee kann bald erwartet werden. Peltzuras Kavallerie-Division ist gänzlich zerstört und geflohen. Während der letzten drei Tage wurden 30 Kanonen und 70 Maschinengewehre erbeutet.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Das dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Otto Friedrich; für die Redaktion: Hans dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Hermann Bauer.

Verleger: Heinz Steinhilber, Druck: Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

Nachtzahlung.

Die am 1. November d. S. fällig gewordenen Nachten sind nunmehr spätestens am 4. Dezember 1920 zu entrichten, andernfalls die Nachter sich der Gefahr aussetzen, daß ihnen das Land abgenommen werden wird. 9903
Kassenstunden von 8 bis 1 Uhr vorm.
Die Stadtkasse.

Für die vielen Geschenke und Gratulationen, sowie dem Chorverein Schwarzenfeld für seinen stimmungsreichen Vortrag anlässlich ihrer silbernen Hochzeit sagen ihren herzlichsten Dank
Friedrich Schütt und Frau.
Rathenhol, Bad Schwarzenfeld.

Das Fest ihrer goldenen Hochzeit feiern am 25. November unsere Eltern und Großeltern H. Bentzen u. Frau, Lübeck, Sedanstr. 2a.
Die Kinder und Enkelkinder. 9888

Sozialdemokr. Verein.
Am Sonnabend, dem 20. November starb unser langjähriger treuer Genosse
H. Ramm.
Die Beerdigung findet am Freitag, dem 26. November, nachmittags 2 1/2 Uhr auf dem Vorwerker Friedhof. (9897)
Ferner starb unser Genosse
Aug. Rudel.
Ehre ihrem Andenken.
Die Beerdigung findet am Freitag, dem 26. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Ortsverwaltg. Lübeck.
Nachruf.
Am Freitag, dem 19. resp. Sonnabend, dem 20. November starben unsere treuen Kollegen
August Rudel,
Heinr. Ramm,
Hafenarbeiter.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigungen finden am Freitag, d. 26. d. Mts. nachmittags 2 1/2 und 2 1/2 Uhr auf dem Vorwerker Friedhof statt. Treffpunkt der Kollegen bei 1/2 Uhr um 2 Uhr.
Die Ortsverwaltung. (9912)

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.
Am 19. November starb plötzlich infolge eines Schlaganfalles, unsere treue Kollegin
Sophie Oldenburg.
Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.
Beerdigung am 26. November, nachm. 2 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof. (9918)
Die Ortsverwaltung.
Bez. 42.

Prima-Wechsel
in Block.
Zu beziehen
Fr. Meier & Co.,
Johannisstr. 46.

Anzeigen
für hiesige und auswärtige Zeitungen und Zeitschriften vermittelt zu Originalpreisen
Die Geschäftsstelle des „Lübecker Volksboten“
Johannisstraße 45.

Der Schrei nach dem Recht
„Die Tragödie von Mechterstadt“
Preis Mk. 2.50.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Gr. plattb. Theater-Abend
Singspiel der Theaterabteilung d. Blaudenischen Vereins „Gef.“ unter Leitung der Gesangsabteilung „Gef.“
am Donnerstag, 25. Nov., im Konzerth. „Flora“.
Zur Aufführung gelangt:
Maria Magdalena
Bürgerliches Epos in drei Akten von Friedrich Heibel, in plattb. Übersetzung von Johann Meier.
Kassenspannung 7 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr.
Preise der Plätze f. Mitglieder (bei Vorzeigung der Mitgliedskarte) Mk. 1.50. Nichtmitglieder Mk. 2.50 auf allen Plätzen. (9915)
Der Vorstand.

Eiserne Oefen
jeder Art. (9904)
Senking = Kohlenherde = Gasherde
Größte Auswahl! Billigste Preise!
Adolf Borgfeldt,
Mühlenstraße 36-44. Tel. 672.

Durch die Kälte veranlaßt
nur für Minderbemittelte.
Von Donnerstag, den 25.-30. d. Monats auf alle Wollwaren, Wollgarne, Wolldecken, Strümpfe, Normal-Hemden, -Hosen, blaue Reform- u. Schlupfhosen, Sweater, gestrickte Unterjacken, Westen für Herren und Damen und Handschuhe gebe ich, um es jedermann zu ermöglichen, sich mit warmer Kleidung zu versehen, einen Preisnachlaß von **20 Prozent**, welcher der Einfachheit halber, da es unmöglich ist, mein Lager umzuzeichnen, vom Kassenzettel abgezogen wird.
Um zu verhüten, daß diese Waren nicht von Wiederverkäufern gekauft werden und somit der Zweck verfehlt wäre, behalte ich mir Mengenabgabe vor. (9914)

Johannes Holst,
Markt 6 Lübeck Kohlmarkt 6

Wachstuch zu verkaufen. (9916) Melbstraße 31.
Tunne Kasse zu verkaufen. (9898) Kottwitzstr. 40, II.

Mehrere Zugänge z. verkaufen. (9899) Beier, Vorwerk, Bogenstr. 5 a.
4 in Dienstreife zu kaufen gesucht. Ing. u. M T an die Exp. d. Bl. (9899)

Neu erschienen:
Die neue Steuergesetzgebung
Ratgeber für Arbeitnehmer, Beamte und Handwerker von **Walter Loeb.**
Preis 4.50 Mk.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Deutscher Sattler- und Tapeziererverband.
Filiale Lübeck.
25jähr. Stiftungs-Fest
am Sonnabend, dem 27. November, im Lokale „Friedrichshof“.
Kassenspannung 6 Uhr. (9910) Das Festkomitee.

Reichsbd. d. Kriegsbesch., Kriegsteiln. u. Kriegerhinterbl.
Sitz Berlin, Ortsgruppe Lübeck.

Der Betriebsobmann im Kleinbetriebe.
Von Rudolf Weck.
Preis Mk. 2.50.
Buchh. Fr. Meyer & Co.

Leder
Lederausschnitt Ersatzsohlen in haltbaren Fabrikalen
Alle Schuhmacherartikel
C. Grimm Nachf.,
Lederhandlung u. Schäftefabrik. 9882

Pa. Ledersohlen
aus Treibriemen-Abfällen empfiehlt billigst
F. Brons,
Lachwehr-Allee 5a, 1.
Fernsprecher 466. (9883)

Orchester des Vereins der Musikfreunde
Donnerstag, den 25. November, 7 1/2 Uhr:
Volkstümliches Konzert
im Gewerkschaftshaus.
Vorverkauf in sämtlichen Abgabestellen des Konsumvereins, im Gewerkschaftshaus und im Zigarrenschäl Basson, Beckergarbe 49. (9903)

Letzte Woche
Sonntag, den 28. November:
Letzter Tag
Nielsens Museum
9904) schräg überm Bahnhof.
Verein der Ost- u. Westpreußen.
Stiftungsfest am Sonnabend, dem 27. Nov. i. Kolosseum. Filmvort. d. Abstimmungstage in Ost u. Westpreußen; Vorträge v. Herrn Dir. Ernst Albert.
Festball.
Eintrittskarten im Vorverkauf bei Herrn Straube, Geversstr. 28, Plaw. A. d. Mauer 70, Duva. Gr. Burgstr. 82. Kassenspannung 6 Uhr. (9886) Anfang 6 1/2 Uhr abends.

Meine Serientage
bieten grosse Vorteile.
In allen Abteilungen befinden sich noch große Mengen Bedarfs-Artikel, welche bis zum 30. d. M. für die Serienpreise
9⁵⁰ 19⁵⁰ 29⁵⁰ 39⁵⁰
zu m Verkauf bereit liegen.
Auf alle Herren-, Damen- und Kinder-Konfektion gewähre ich während der Serientage 10% Extra-Rabatt.
Hans Struve Lübeck, Königsstr. 87/89 Ecke Walmstr.
Rendsburg. Neumünster. Itzehoe. 9918

Omnipolypfistfabrik.
Omnipolypfistfabrik der Norddeutschen mit Unterstützung der Lübecker Gewerkschaften.
Auf vielseitiges Verlangen Mittwoch abends 7 1/2 Uhr
„Die heimische Sings.“
Schwank in 5 Akten von Franz Arnold und Ernst Bach.
Preise der Plätze: 4.-, 3.-, 2.- und 1.50 Mk.
Vorverkauf: Im Lübecker Volksboten und im Gewerkschaftshaus. 9887

Weihnachten 1920!
Christbaumschmuck wird in diesem Jahre teuer! Sie sparen 100 % bei direktem Bezug von der Fabrik. Mein Gold- u. Silber-Sortiment 9888
enthält 72 herrliche Muster
Ausnahmepreis Mk. 30.10 franko gegen Nachnahme. Garantie für unbeschädigte und rechtzeitige Ankunft.
H. Rohling,
Fabrikation von Christbaumschmuck
Münster i. W. Bismarckstr. 61

Kolosseum. (9901)
Freitag, den 26. November, abends 7 1/2 Uhr:
Mariarty
Weissagungen für die Jahre 1920-1936.
Aus dem Inhalt: Die Voraussagungen bisher erfüllt. Einzelheiten aus den kommenden Monaten. Ferner: Der zweite Weltkrieg und sein Verlauf. Bolens Schicksal. Der Christkomet. Englands Ende. Atlantis taucht auf. Der Weltlehrer. Flüchtige Elektrizität. Das Fasset des Nordpols um. Fragenbeantwortung! Bleistift mitbringen.
Karten zu 6.-, 5.-, 4.-, 3.-, 2.- Mk. (ausgültig 50 Pf. Garberobe) bei Ernst Robert, Breite Str. 29.

Stadttheater Lübeck.
Mittwoch: B. D. u. 8. Vorst. i. Op. Ab. Der Barbier von Sevilla. 7.30 Uhr.
Mittwoch im Gewerkschaftshaus:
Die spanische Fliege
7.30. (9894)
Donnerstag: Bf. B u. 8. V. i. Sch. Ab. Nittelungen I. 7.00 Uhr.
Freitag: Bf. D. u. 8. Vorst. i. Op. Ab. Aida. 7 Uhr.
Sonnabend: Bf. D u. 8. Vorst. i. Sch. Ab. Moral. 7.30 Uhr.
Ausgabe der Abonnementskarten für den Faustspiel II (Schiller) am Mittwoch u. Donnerstag, dem 24. u. 25. Novbr. Faustspiel I (alle Besucher) am Freitag u. Sonnabend, dem 26. u. 27. November, nachmittags von 2 bis 5 Uhr, an der Theaterkasse.

Adlershorst. Tanz
Jeden Donnerstag: 9904

Visitenkarten
fertigt an
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

U.S.P. Lübeck
Richtig, Crispian-Dittmann
Zufahrt
Donnerstag abends 7 Uhr
Gewerkschaftshaus. 9907

D. T. V.
Vorstandsitzung
am Donnerstag, 25. Nov., abends 7 Uhr (991)
im Bureau.

Zentralverband der Zimmerer.
Bezirk Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, 25. November, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Bericht über Feuerungsanlage.
2. Bericht v. Ortsauschuss.
3. Innere Verbandsangelegenheit.
Um zahlreiches Erscheinen sucht
9908
Der Vorstand.

Plattb. Volksbill to Lübeck

Donnerstag, 25. November
Klock 1/8 leest (9909)
R. Tarnow
in't Kolosseum sien
Burrkäwers vor.
In't Kolosseum wart böt.
Korten för Maten to Mk. 3 un Mk. 2, för Nichtmaten to 4 un Mk. 3
bi Ernst Robert, Bredestr. 39 un M. Niemeyer, Bredestr. 63.

Gledermanns
8 Uhr (9906)
8 Weltattraktionen.
Humor-Tanz-Stimmung.

Hansa-Theater
Heute 7 1/2: 9896
(10. Volk. Ab. - 5. Halb. - Ab. Serie II)
Die große Novität.
Der Großstadt-kavaliere.
Schwank in 3 Akten von Okonkowski.
Donnerstag, d. 25. Nov. Abchiedsspiel Trude Sornholt Dreimäderhaus
Freitag, d. 26. Nov. im Ab. Gasparone. Operette in 3 Akten v. Millöcker.

Von der deutschen Rechtspflege.

Die gründliche Kritik an der preussischen Rechtspflege, die Genosse Hellmann bei der Beratung des preussischen Justizgesetzes geübt hat, bestand nicht, wie man nach den Berichten der bürgerlichen Presse vielleicht anzunehmen geneigt ist, in einer Hülfsleistung beweisloser Vorwürfe, sondern in einer geradezu erdrückenden Fülle genauer Einzelangaben über die Parteilichkeit der Justiz in allen Prozessen, die mit dem Kampfe um die Republik oder dem Klassenkampfe der Arbeiter irgendwie zusammenhängen. Einiges von diesen Fällen sei hier wiedergegeben:

Ein Major Graf von Keller hat aus dem Felde goldene Kronleuchter und andere Wertgegenstände heimgeschickt. Das Gericht glaubt ihm, daß er sie nur für den rechtmäßigen Eigentümer hat aufbewahren wollen, und verurteilt den Arbeiter Haase, der von Stehlen gesprochen hat, zu drei Monaten Gefängnis.

Nach dem Rapp-Putsch wird der Lehrer Stemmer aus Annen verfolgt, obwohl Oberbürgermeister Dr. Luther in Essen ihm das Zeugnis ausstellt, daß er sich wiederholt unter Einlegung seines eigenen Lebens gegen Gewalttaten gewehrt hat. Er soll Expulsion verübt haben, weil er sich zur Flucht 1500 Mk. vom Volksgaraten hat auszahlen lassen und diese sofort nach der Flucht zurückgeschickt hat. Trotz aller Beschwerden bleibt er in Untersuchungshaft, bis die Amnestie ihn befreit. Der Oberlehrer Dr. Siemsen in Essen wird zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er sich in der Rapp-Woche vom Volksgaraten zum Jenfer der Essener Zeitungen hat einsehen lassen. Das Gericht erkennt an, daß er nur aus Idealismus gehandelt habe, um Gewalttätigkeiten gegen die Zeitungsbetriebe zu verhindern. Trotzdem und trotz des Eintretens des Kultusministers für seinen Untergebenen wird er sofort in Haft genommen und darin festgehalten, bis die Amnestie ihn befreit. Nach der Amnestie werden zwar Herr von Jagow, General von Lettow-Vorbeck, Pastor Traub und alle anderen Führer des Rapp-Putches außer Verfolgung gesetzt, nicht aber der Kommunist Bild in Duisburg, weil auf ihn als „Führer“ die Amnestie nicht anwendbar sei. Ebenso wird der Strafverweiger dem 18jährigen Arbeiter Otto Gerunzig, der im Auftrage des Volksgarates Wache gestanden und dafür einen Wachanzug erhalten und später nicht zurückgegeben hat. Sein Vergehen, so erklärt das Gericht, sei überwiegend aus Eigennutz zurückzuführen, und so soll er für sein fürchtbares Verbrechen noch 2½ Jahre Zuchthaus verbüßen. Wehnlich eine ganze Anzahl von „Führer“ und wird als solcher nicht begnadigt, sondern weiter in der Strafanstalt festgesetzt.

In einer ganzen Anzahl von Fällen werden Stadtverordnete der Rechtsparteien freigesprochen, wenn sie Stadtverordnete oder Beamte der Linksparteien beleidigt haben, weil sie als Stadtverordnete in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt haben, hingegen wird der sozialdemokratische Stadtverordnete Schmoll in Dramburg in Pommeren zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil er vom Bürgermeister wahrheitsgemäß gesagt hat, daß dieser während der Amtszeit in den Bierstuben herumgeseßen hat. In Sensburg in Ostpreußen streifen die Arbeiter gegen einen kappistischen Landrat. Das Bürgergremium tritt in den Generalstreik, an der Spitze das Gericht. Die Richter, die den Generalstreik geführt haben, schicken nachher den Arbeitern, die den Streik geführt haben, Strafbefehle über vier Wochen Haft.

Der Prozeß Ellarz schwebt noch immer im Stadium der staatsanwaltschaftlichen Voruntersuchung. Der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Gutjahr kommt zu keinem Ende. Er vernimmt z. B. eine ganze Anzahl Parteigenossen darüber, ob ihnen Ellarz aus Dänemark im Auftrage der dänischen Gewerkschaften während des Krieges Butter und andere Lebensmittel aus Dänemark mitgebracht hat. Welch wahrhaft wichtige Feststellung! Er untersucht genau Vergehen, die vor 1918 liegen, obwohl sie unter die damals erlassene Amnestie für Soldaten fallen. Denn Dr. Gutjahr läßt sich nicht überzeugen, daß Ellarz damals Soldat war. Dabei befindet sich unter den beschlagnahmten Papieren des Ellarz bei der Staatsanwaltschaft dessen Soldbuch!

Im öffentlichen Interesse erhebt die Staatsanwaltschaft Klage gegen die Breslauer „Volkswacht“, weil sie die mordenden

Offiziere des meuternden Freikorps Aulod Mörder genannt hat. Im öffentlichen Interesse wird der Redakteur unseres Parteiblattes in Hameln verklagt und zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er seine Entrüstung über den Freispruch des Mörders Marloh ausgebrüllt hat; er soll dadurch einen Major Glezon, einen Reaktionsär, der vor versammelter Mannschaft wüßte antisemitische Hezreden hält, beleidigt haben. Dasselbe Parteiblatt wird vom Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse vor Gericht gezogen, weil es behauptet hat, der Pastor in Saltzbrunnendorff prächtige unvorbereitete und dann so langweilig, daß die Kirchenbesucher einschlefen. Gegen dasselbe Parteiblatt schreitet die Staatsanwaltschaft ein, weil es einem Unternehmer nachgesagt hat, er habe seine Arbeiter „auf Pfahle geworfen“. Der Oberstaatsanwalt in Kassel schreibt an ein Kassel'sches Hebel, sie möchte Strafantrag wegen Beleidigung gegen Scheidemann und den Parteisekretär Schnabornich (Hersfeld) stellen, weil diese irrtümlich Gräulein Hebel und nicht die mit ihr zusammenstehende Frau Schof wegen einer schweren Beleidigung Scheidemanns belangt haben. Im Interesse von Herrn Sinnes wird öffentliche Klage gegen den Steiger Werner wegen Beleidigung erhoben. Bei einem Beamten der Gutenhoffnungshütte, der dem Reichsabwicklungsamt Material geliefert hat, um den Schließungen dieser Firma auf den Grund zu kommen, die das Reich um 10 Millionen geschädigt haben, wird gehaust und das gefundene Material, einschließlich privater Briefe, dem anwesenden Vertreter der Gutenhoffnungshütte ausgehändigt.

Die Liste dieser Fälle ließe sich mit Leichtigkeit verzechnen. Ein ganz besonderes Kapitel ist in der Justiz die Gesamtenfrage. Der Rechnungsrevisor Lerche in Breslau wird nach 33 einwandfreien Dienstjahren wegen angeblichen Diebstahls eines Bogen Aktienpapiers zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Man will einen demokratischen Mann unschädlich machen. Die Eisenbahnbeamten Schlesiens wählen ihn fast einstimmig wieder zu ihrem Vorsitzenden. Dagegen wird der Amtsgerichtsrat Patzen in Eisleben, kurz nachdem er den Verfassungseid nur mit Vorbehalt abgelegt hat, ohne Befragung der Beamten zum aufsichtsführenden Richter bestellt. Unter seinem Vorsitz ist ein fürchtbares Urteil über die beiden „unabhängigen“ Brüder Geride, einem Bürgermeister und einem Gemeindevorsteher, gefällt worden, und trotz aller neuen Beweise gelingt es nicht, das Wiedernahmeverfahren durchzuführen. Ueberhaupt werden zu den maßgebenden Richterstellen am liebsten Orgesch-Deute, Schuch und Truhbändler und ausgesprochene Deutschnationale bestellt. Das Justizministerium selbst kämpft wie ein Löwe für Orgesch, für die Hohenzollern und für die Fideikommissbesitzer. Daß weder Marloh, noch von Kessel, weder die Mörder Liebknechts, noch die Mörder von Mechterstedt und auch nicht der Mörder von Osnabrück ihrer Strafe zugeführt worden sind, scheint ihm keine schlaflosen Nächte zu bereiten. Am preussischen Justizministerium ist die Revolution spurlos vorübergegangen.

Die Justiz ist noch wilhelminisch, und die Arbeiterchaft muß diese Klassenjustiz niederkämpfen.

Deutscher Reichstag.

33. Sitzung.

Dienstag, 23. November, nachmittags 1 Uhr.

Anfragen.

Abg. Freiherr v. Kersner (Dp.) fragt nach dem Los der deutschen Kriegsgefangenen, die in Aignon zurückgehalten werden.

Reichskommissar Stollen teilt mit, daß die deutsche Regierung mehrere Noten in dieser Angelegenheit an die Entente gerichtet habe. Auch an mündlichen Vorstellungen habe sie es nicht fehlen lassen. Frankreich verzichte jedoch nicht auf sein Recht aus dem Friedensvertrag. Zur Ueberwindung der Not der Gefangenen werden Geld und Genußmittel nach Frankreich geschickt.

Auf eine Anfrage des Abg. Kunert (Unabh. rechts) erwidert die Regierung, daß bald dem Reichstage ein Entwurf zur Befreiung der Notlage der Beamten vorgelegt wird.

Auf eine Anfrage desselben Abgeordneten antwortet die Regierung, daß das Gesetz zur beschleunigten Erhebung

Hildegard hatte das nicht gerade in schlechter Abicht erzählt. Sie wollte nur die Hendrina ein bißchen warnen, daß sie sich keine gar zu großen Hoffnungen mache. Aber als sie sah, daß Hendrina erbläute und kurz und schwer atmete, da war sie still. Sie wunderte sich nur, daß Hendrina so ruhig und klar blieb, als Georg Werner nun kam und mit ihnen ging. Sonst war sie doch dann angeekelt wie eine Maus.

Sie gingen zusammen nach der Nahe hinunter. Da war es leicht menschenleer, die Neugierigen schwärmten alle am Rhein. Aber man sah durch die niedrigen Fenster der ebenerdigen Wohnungen in ausgedämmte Zimmer. Während sie das Naheufer hinaufgingen, erzählte Hildegard von den schweren Eisgängen der Nahe. Es wurde schon dümmelig.

Sie waren weit hinausgegangen und kamen jetzt an einer hohen Quadermauer vorbei, die fast endlos das Ufer entlang lief, nur unterbrochen durch zwei große eiserne Tore. Welches Rankenwerk hing nun ober herab, diese Zweige von wildem Wein und Equisiten. Es war die Umfassungsmauer einer großen Tabakfabrik, die sich so weit erstreckte. Vor ihnen hob sich die Drususbrücke aus dem gefrorenen Fluß, dessen Eis schlaggrau und blind erschien.

„Gorch“ sagte Hildegard, „wie es sich rührt.“
Beert stand still und horchte. Wirklich, ein Knistern und leises Knirschen schlen die Eisbede zu durchbrechen.

„Gorch“ sagte Hildegard wieder.
„Und wieder knirscht es, diesmal lauter. Und plötzlich quoll aus fast unsichtbaren Rissen und Spalten Wasser hervor wie kleine Quellschalen, die aus dem Erdbinnen kamen.“

Hildegard und Beert standen wie gebannt und sahen auf das Eis, das jetzt immer lauter knirschte.

„Nimmell knat's an, allemeil rührt's sich schon.“ rief Hildegard.
Hendrina, auf doch 's Eis will gebe.“

Die beiden, die ein Stück voraus waren, blieben stehen. Wirklich, es rührte sich. Es rührte etwas wie ein ganz leises Geben, wie eine ätzende Welle durch das Eis. Und jetzt noch einmal. Dann gab es einen Laut, wie wenn ein schwerer Stein einen Abhang hinabstürzt und aufschlägt.

„Mir malle gebe.“ sagte Hildegard. „Es könnt doch uff einmal lospökel. Des kommt so schnell im Handumdrehen is es da.“
Georga Werner lachte leichtherzig. „So schnell geht es doch wohl nicht. Fräulein Hildegard. Ich gehe noch aufs andere Ufer hinüber, heute abend spät noch.“

Hildegard sah ihn lächelnd an. „Das werde Se wohl bleibe. Soll' A arak Mund hamwe Se, aber entwürde, des due Se net, und des war auch unsere Herrgott verlust un mit sein Bewe respiekt.“

des Reichnotopfers Milderungen für die Auslandsdeutschen vorseht.

Abg. Kunert erhebt ferner Einspruch gegen die Gesetzgebung der Brauereien. Die Regierung teilt darauf mit, daß die Verhandlungen mit Zustimmung des Reichstages und des Reichstagsausschusses erlassen worden sind.

Die Interpellation sämtlicher Frauen des Reichstages auf Vorlegung eines Jugendwohlfahrtsgesetzes soll im Dezember beantwortet werden, die deutschnationale Interpellation über die russischen Kriegsgefangenen in der geschäftsordnungsmäßigen Frist.

Die Anträge auf gerichtliche Verfolgung der Abg. Niemann (Z.), Wulfe (Dp.), Lübring (Soz.) und Kempe (Dp.) wurden abgelehnt. Das Abänderungsgesetz zur Befreiungsordnung, die Ausführungsbestimmungen und das Gesetz zur Sicherung der einheitlichen Regelung der Beamtenbefreiung gehen ohne Aussprache an den Haushaltsausschuß, die Vorlage über den Erlaß von Uebergangswirtschaftsverordnungen an den neu gebildeten Rechtsausschuß.

Der Antrag des Abg. Aberhold (Unabh. rechts) auf Aufhebung des bayrischen Belagerungszustandes soll am Freitag mit der Streifeninterpellation zusammen behandelt werden. Der Entwurf zur schärferen Bekämpfung des Schleißhandels ging gleichfalls an den Rechtsausschuß.

Mittwoch 1 Uhr: Haushaltsberatungen. (Friedensvertrag.)
Schluß 2½ Uhr.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 24. Nov.

Aus altlübischer Geschichte.

Die Lübecker Briefmaler, Formschreiber und Kartenmacher behandelt ein längerer Aufsatz von Prof. v. Lütgendorff, der in den letzten erschienenen Mitteilungen des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde, 14. Heft, Nr. 5 und 6, enthalten ist. Als Briefmaler bezeichnete man im Mittelalter die Künstler, die biblische Darstellungen auf Papier entwerfen durch Zeichnungen oder später durch den Holzschnitt in den Verkehr brachten. Einem solchen Briefmaler verdankt man auch den schönen großen Holzschnitt mit der Ansicht unserer Stadt. Arbeiten einer Anzahl anderer Briefmaler haben sich im Innern eines Schrankes der Jakobikirche eingelebt erhalten, wo sie bei Erneuerung des Gemälses zufällig bemerkt worden sind. Die Briefmaler zeichneten ihre Bilder, schnitten sie in Holz, druckten und bemalten sie selbst und ebneten die Wege, die zur Erfindung der Buchdruckerkunst führten. Als Holzschnitzer gehörten sie daher auch zu den Formschneidern, die im alten Lübeck auf bemerkenswerter künstlerischer Höhe standen, wie ihre Werke in den Büchern unserer ältesten Buchdrucker aufweisen, die dem Besten zuzuzählen sind, was die Buchillustration vor Albrecht Dürer aufzuweisen hat. Ihren Spuren nachzugehen verlohnt sich also der Mühe. Was sich in unserm Staatsarchiv und an anderen Stellen über diese Briefmaler und Formschneider ermitteln ließ, findet sich in dem genannten Aufsatz, der auch nachweist, daß die Briefmaler hier länger als irgendwo im deutschen Norden ihr gutes Auskommen gefunden haben. Sie wohnten zumest in der Hundestraße, stellten Wandtafeln und Ansichten her und allerlei Bilderbogen mit Werkzuzugabe und haben sicher schon von Anfang an auch Spielkarten gezeichnet und gedruckt. Schließlich wurden die Spielkarten ihre veräußerlichste Ware und damit wurde auch die sog. Briefmalerei mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt. Da es jedem unbekannt war, Karten herzustellen und zu verkaufen und die Kartenmacher den berechtigten Wunsch hatten, in ihrem Erwerb gehindert zu werden, war es natürlich, daß sie darnach strebten, die Vorteile, die die Zugehörigkeit zu einer Zunft mit sich brachte, auch für ihren Beruf zu erlangen. Im Jahre 1675 errichtete endlich der Rat das Amt der Kartenmacher und erfüllte damit einen Wunsch, der seit 1615 wiederholt ausgesprochen war. Bald darnach legten die üblichen Zunftprivilegien ein, die Wette wurde mit allerlei Klagen beschickt, die immerhin einen gewissen Einfluß in den Umfang des Geschäftes ermaßigten und manche Einzelheit aus dem alten Zunftleben anhauchlich machen. Wir sehen, wie das kleine Amt der Kartenmacher, das in der besten Zeit nur aus vier Meistern bestand, so aufblühte, daß einzelne Meister über 20 Leute beschäftigten konnten, wir sehen, wie schließlich auch hier die Arbeitsteilung einsetzte und das Kartenmachen zum Fabrikbetrieb wurde. Das Amt schloß ein, der letzte Zunftmeister starb und als ein Meisterlohn nach Jahren um das Meisterrecht einkam, erklärte

Maria Hendrina von Goch.

Novelle von Louise Schulze-Brüd.

17. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Affauel!“ Den Rhein „aufguden“, das schien die Beschäftigung der ganzen Binger Bevölkerung an diesen Tagen zu sein. Der Uebergang über den Rhein war freilich polizeilich verboten. Aber das Eis war noch ganz fest, wenn auch große Lachen von geschmolzenem Schnee darauf standen. Und es waren so viele, die noch von drüben herüber mußten. So kamen denn noch immer einzelne Kühne hinüber, obwohl am Ausgang nach dem Ufer eine löbliche gestrenge Polizei auf und ab wandelte, um die Ankommenden auf das Verbot aufmerksam zu machen. Dann versammelte sich auch gleich um diese Szene ein Schwarm von Neugierigen, um die Entwicklung zu beobachten und jeden etwaigen guten Witz zu belachen. Und es gab ein wahres Hallo, wenn ein Routinierter kurzerhand erklärte, dann wieder umzukehren. Denn das durfte eine löbliche Polizei natürlich gar nicht erlauben.

„No also was dann? Entwurfsomme soll mer net, zurückgehe soll mer net, uff'm Eis stehe bleibe soll mer net — enuff komme soll mer net — soll mer verledet stiepe? Obber schwimme? — Nasse Fiß kriege un ä Mordschnuppe, des kann mer, des is erlaubt!“

Am Nachmittag wurde es beinahe ein Volksfest, die Mittagspläne brachten Scharen den Fremden, die kamen, um vielleicht den Eisgang zu sehen. Die hübschen Bingerinnen spazierten im schönsten Park am Ufer auf und ab und kokettierten mit blühenden Braunaugen und lachenden Lippen. Und das Warten auf das Ereignis, das doch vielleicht Gefahr bringen konnte, erhöhte den Reiz.

Hildegard Weinmüller hatte Hendrina von Endert mitgeschleppt. Gekern war Beert schließlich zu ihr gekommen, eilia und verzerrte. Sie müde doch zur Hendrina kommen. — aber die dürfte nicht wissen, daß er sie geholt habe und ihr gut zureden.

Was ihr denn fehle. — Da war er rot geworden wie ein Mädchen und hatte die Wästel geputzt. Und Hildegard hatte auch nichts aus Hendrina herausgebracht. Aber sie sah ganz klar aus und hatte so unruhige Augen und war still und wie abwesend. Hildegard hatte sich umfassen bemüht, sie aufzuklären. Als sie angekommen hatte, von Thorschtiche zu sprechen, da war Hendrina ganz schön und unruhig geworden. Und über hatte der wieder was angesetzt. — So machte er's immer, und als er letzte Tag ihrer Freundin — so ara die Goch machte, daß die jeden Tag dachte, er würde sich mit ihr verloben, da —

Der junge Mensch lachte wieder: „Was liegt daran?“
Hildegard zuckte die Achseln. „No, wenn nig daran liegt! Wenn Ihr Lewe niemand was wert is! Immer Se hawwe so auch viel zu viel Angst. Un das is ja ländhaft Gered'. Besser is es, häam ze gehe!“

In Georg Berners Augen kam ein böses Funkeln.
„Und ich gehe doch hinüber.“
Ein starkes Krachen wie ein Schuß, der tracht und nachhallt, kam aus dem Eise.

„Seere Se's! Komme Se schnell! Komm' Hendrina! Des wür ä beeter Streich, Herr Thorschtiche.“
Er lachte noch einmal sein übermütigstes Lachen.
„Wollen Sie's sehen, Fräulein von Endert!“

Hendrina war totenblau geworden. „Wie können Sie, wie können Sie nur.“

„Ach, Sie haben Angst! Da haben wir doch schon ganz anderes fertig gebracht. Mit zehn Sprüngen ist man ja drüber.“

Beerts Hand faßte seinen Arm wie ein Schraubstock. „Das glaub' ich wohl!“, sagte er mit rauher Stimme. „Sie wären auch das imstande. Einerlei, wie es denen zumute ist, die das ansehen. Daran denken Sie wohl nicht.“

Er drückte des andern Arm wie mit Eisenklammern und zeigte auf Hendrina, die mit großen erstarrten Augen auf sie sah.

„Über solange ich dabei bin, geschieht das nicht. Ach —“
Ein lautes Krachen unterbrach ihn, so laut, daß sie alle erschrocken zusammenfuhren.

„Im Gottes willen, kommt“, rief Hildegard erschrocken, „kommt schnell.“

„Komm', Hendrina“, sagte Beert, den andern loslassend.
„Nennliche dich nicht, da geht felner mehr rüber.“

Der Amerikaner stand einen Augenblick still da. Dann wendete er sich mit einem Schwurwort zu Hendrina. Aber es erstarb ihm im Munde. Oben von der Drususbrücke her kam ein lauter Schrei. Ein Mann sprang auf die Brüstungsmauer und warf die Arme hoch:

„Ho — o — ha — — — des Eis — — — dees Eis.“

Und während sie unwillkürlich nach der Brücke sahen, schlen diese sich plötzlich zu bewegen, Hineinzugleiten, zu fallen in das Eis — nein, das Eis hob sich — hob sich, es wurde lebendig, es füllte die Brückenbögen und nun — die alte Römerbrücke stand fest — aber durch ihre Bogen brachen Riesenschollen, ein Donnern und Brüllen, ein Krachen und Knattern, und das ganze Flußbett wurde von wilden übereinanderstürzenden Eisblöcken gefüllt. Fortsetzung folgt

der Rat im Jahre 1828 das Amt für erloschen. Er tat dies schon mit Rücksicht darauf, daß der Kartenzabrikant Green, der in seinem Betriebe auch eine Steindruckerei eingerichtet hatte, und andere Fabrikanten durch die veralteten Zunftvorschriften nur befristet und gehemmt worden wären. Die Zunftrolle ist in zwei Abschnitten und die Kartenmacherlade im St. Annen-Museum erhalten. Die Lübecker Karten gingen in großer Zahl nach dem skandinavischen Norden und nach Rußland, der Verkauf an den Schiffen wird ausdrücklich erwähnt, und da die Kartenmacher meist auch Papierhändler waren, hatten sie auch mit Holland und Frankreich eine lebhaftere Geschäftsverbindung. So konnten in dem Aufschwung allerlei Beziehungen gestreift werden, durch die ein bisher wenig beachteter Geschäftsweig im alten Lübeck wesentlich an Bedeutung gewinnt.

Ueber den ausländischen Schiffbau interessiert auch hier folgende Meldung aus Holland: Unter Führung des Präsidenten des holländischen Lloyd in Amsterdam ist eine Vereinigung gegründet worden, die eine neue große Schiffswerft erbaut, auf der die größten Schiffe der Welt gebaut und repariert werden können. Die finnische Dampfschiffahrts-Gesellschaft hat vier Dampfer auf dieser Werft bestellt, die schon 1921 geliefert werden sollen. Die kanadische Schiffbauindustrie, die 1914 nur kleine Werften aufwies, umfaßt jetzt 19 Werften für große Schiffe. Auf diesen Werften sind etwa 20 000 Arbeiter beschäftigt. Während hier also ein starker Aufschwung im Schiffbau zu verzeichnen ist, zeigt der nordische Schiffbau das entgegengesetzte Bild. Die schwedische Werft in Norrköping die seit fünf Jahren besteht und auf der etwa 350 Arbeiter beschäftigt waren, ist jetzt wegen Mangels an Bauaufträgen und finanzieller Schwierigkeiten geschlossen worden. Die norwegischen Reedereien haben infolge Rückganges der Frachten zahlreiche Bauaufträge bei englischen Werften rückgängig gemacht. In mehreren Fällen handelt es sich um Bauten, die bereits in Angriff genommen waren. In diesen Fällen haben die Reederei die gekauften Anzahlforderungen preisgegeben. Auch in England selbst klagen die Werftbesitzer über Mangel an Schiffbauaufträgen.

Sanja-Theater. Heute Wiederholung der großen Schwanknovelle „Der Großstadtkavalier“ mit Reinhold Wolf in der Titelrolle. — Donnerstag, Abendspiel von Frida Hornholt. — Freitag, Aufführung von „Gasparone“.

Stadttheater. Mittwoch wird „Der Barbier von Sevilla“ wiederholt und im Gewerkschaftshaus „Die spanische Fliege“. Donnerstag findet die erste Wiederholung von „Nibelungen“ statt. Am Freitag ist die Erkaufführung von „Aida“.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Eine machtvolle Rundgebung der Hamburger Sozialdemokratie wurde am Sonntag veranstaltet. Neun große Versammlungen wurden abgehalten, in denen u. a. die Genossen Hildenbrand, H. Bauer, Dr. Köster, Minister Severing, Schöpflin, Stellung sprachen. In allen überfüllten Versammlungen wurde der Wille zum Ausdruck gebracht, unentwegt unter der Fahne der Sozialdemokratie den deutschen Schicksalskampf gleichzeitig mit dem Kampf um die endgültige Befreiung der Arbeit zu freudigem Ende zu führen. Bezeichnend war die Haltung der Genossen. Die Kommunisten hatten von der Partei aus die Versammlungen besichtigt, jedoch hatten sich ihre Redner in einzelnen Versammlungen angeht des glänzenden Geistes der Tausende gar nicht erst zu Worte gemeldet, in anderen waren sie so lautenlos und unsicher, da ihnen jede Unterstützung fehlte, daß es ein Leichtes war, sie abzuertigen. Wo die Redner sich freche Anreden erlaubten und wo ein Trupp „Kobdiker“ einen Anfall verübte, verhielten sich die überzogenen Mehrheiten sofort Genugtuung und Ruhe. Ein bürgerlicher Gegner trat nirgends auf. Die in allen Versammlungen angenommene Resolution besagt, daß die Versammlungen einmütig der Heberzeugung sind, daß es ein Aufmarsch aus Deutschlands Schicksalsnot nur unter Einführung sozialistischer Wirtschaftsmethoden und auf dem Boden der demokratischen Verfassungsverfassung und demokratischer Parteiverfassung liegt. Die Versammlungen wählten die Resolutionen, die die deutsche Volkspartei, insofern und öffentlich die Entziehung des Lehrenden, behaltenden Volkes und die Errichtung von Vorrechten für die Besessenen aller Stände erstreckt, von Vorrechten für die Besessenen in der Schule, in der Verwaltung, in der Politik, in der Wirtschaft. Die Versammlungen verurteilten ansehnlich des offenen Treibens der Reaktion die Verhinderung der Arbeiterbewegung, verantwortungslos oder verräterischer Klassenrollen und erklärten, daß die Sozialdemokratie innerhalb der Arbeiterbewegung den Kampf für die Sache der Reaktion ist. Ausgehend von diesen Erkenntnissen, geloben die Versammlungen, einmütig jeden Gewaltverstoß der Reaktion niederzuschlagen und nicht zu ruhen und zu rasten, um die Gleichheiten, die Freuden und die Berechtigungen aufzuklären und aufzuklären und selbst in Reich und Glied der sozialdemokratischen Parteioffiziere als Kämpfer und Kämpferin einzutreten und die sozialdemokratische Presse als wirksamste Waffe im politischen Kampf zu unterhalten und zu verbreiten. Sie mit den Höhen des alten, zusammengebrochenen Deutschlands, sondern nur unter Führung und im Geiste der Sozialdemokratie wird das deutsche Volk wieder aufwärtssteigen aus schwerster Not und Trübsal!

Aus der Partei.

Ein Sechzigjähriger. Der Führer der schwedischen Sozialdemokratie, Genosse Hjalmar Branting, vollendete Dienstag seinen 60. Geburtstag. Mit dem schwedischen Proletariat bringt auch die deutsche Sozialdemokratie Branting herzlichste Wünsche für noch viele Jahre dar. „Stadsholms Dagblad“ erzählt, daß in der schwedischen Arbeiterbewegung bereits eine halbe Million Kronen gesammelt sei, deren Ueberreichung dem Führer seine außerordentliche Wertschätzung im Proletariat beweisen soll.

Arbeiterbewegung.

Der Afa-Bund zum Streikrecht in lebenswichtigen Betrieben. Aus Anlaß der Vorgänge beim Berliner Elektrizitätsarbeiterstreik veröffentlicht der Vorstand des Afa-Bundes (Allgemeiner freier Angestelltenbund) folgende Stellungnahme:

Der Vorstand des Afa-Bundes wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die von den Moskauer Drahtziehern eingeleiteten Bestrebungen, die Angestellten und Arbeiter lebenswichtiger Betriebe in wilde Streiks zu treiben und so staatliche Zustände herbeizuführen. Angesichts dieser Vorkämpferarbeit von links und den damit motivierten sozialdemokratischen Gegenmaßnahmen der Reaktion werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiterbewegungen aufgefordert, auf dem Wege der Selbsthilfe durch ihre gewerkschaftlichen Organisationsentscheidungen zu schaffen, deren Zustimmung für die Einleitung von Streiks in lebenswichtigen Betrieben vorher eingeholt werden muß.

Hierbei lehnte der Afa-Bund jede Einschränkung des Streikrechts entschieden ab und protestiert gegen die Bestrebungen des Reichspräsidenten anläßlich des Elektrizitätsarbeiterstreiks. Sie stellt nur eine Wiederholung des von allen Gewerkschaften abgelehnten Entwurfes der Schlichtungsordnung dar. Ebenso wird die Legierung Kohle nach wie vor als behördlich sanktionierte Organisation des Streikrechts abgelehnt.

Die Grundzüge der Menschlichkeit und der Arbeitnehmer-soldatentätigkeit gebieten es aber, daß die Belegschaft eines Betriebes, dessen Schließung das gesamte Wirtschafts- und Gesellschaftsleben auf empfindlichste berührt, ihre Entscheidung in der vorgeschlagenen Weise und unter unmittelbarer Mitwirkung einer Körperschaft trifft, die als Vertretung der Gesamtheit aller Arbeitenden angesprochen werden kann.

Aus der Angestelltenbewegung. In Magdeburg traten am Sonnabend und Sonntag etwa 1000 Abgeordnete von Angestelltenverbänden zusammen, um das bisherige Kartell des Gewerkschaftsbundes der Angestellten zu einem Einheitsverband auszubauen. In den neuen Verband gehen auf der Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, der Kaufmännische Verein von 1858 zu Hamburg, der Deutsche Angestelltenbund zu Magdeburg, der Verein der Deutschen Kaufleute zu Berlin und der Handlungsgehilfenverein von 1774 zu Breslau. Die Gesamtmitgliederzahl beläuft sich auf über 350 000 Köpfe. Der Verband umfaßt männliche und weibliche Angestellte des Handels, der Industrie, des Bergbaues und der Bureaubetriebe. Er ist parteipolitisch und religiös neutral, wirtschaftspolitisch steht er auf dem Boden einer freien deutschen Wirtschaft, in der die Arbeitnehmer neben den Arbeitgeber zu gleichberechtigten Mitarbeitern berufen sind. Es handelt sich also um einen Harmonieverband. Klassenhemmung der Angestellten müssen sich dem Zentralverband der Angestellten anschließen.

Metallarbeiterstreik in Schlesien. Der im Lohnstreik der schlesischen Metallarbeiter gefällte Schiedsspruch ist von den Arbeitnehmern mit allen gegen 6 Stimmen mit der Begründung abgelehnt worden, daß die Zugeständnisse ungenügend seien. Es ist mit einem die ganze Provinz Niederschlesien, mit Ausnahme der Stadt Breslau, umfassenden Streik zu rechnen. Im Riesengebirge haben die Arbeiter sämtlicher großen Werke bereits Dienstag die Arbeit niedergelegt.

Der Landarbeiterstreik in Pommern. Die Verhandlungen über die Beilegung des Landarbeiterstreiks im Regierungsbezirk Stralsund sind abermals gescheitert. Der Streik geht weiter.

Aus dem internationalen Gewerkschaftsbund. Die „Times“ meldet aus London, daß der Internationale Gewerkschaftsbund zum Nachfolger von Appleton, der Montag zurückgetreten ist, den bekannten englischen Eisenbahnerführer Thomas zum Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes wählte. Am Kongress nahmen teil: 10 englische, 12 französische, 12 deutsche, 10 belgische, 6 holländische, 5 italienische, 5 norwegische, 4 schwedische, 4 dänische, 2 tschecho-slowakische, 2 luxemburgische, 2 spanische, 1 schweizerische und 1 kanadischer Delegierter. J. H. H. wird über die Nahrungsfrage, Mertens über die Verteilung der Rohstoffe, D. Degeest über die Sozialisierung und J. M. M. über internationale Lage und die Stellung des Internationalen Gewerkschaftsbundes sprechen. Thomas ernannte den Kongress in seiner Eröffnungsrede, mit allem Nachdruck für eine gerechte Verteilung der Rohstoffe und Stabilisierung der Wechselkurse einzutreten.

Internationaler Eisenbahnerkongress. Das „B. T.“ meldet, daß am 29. und 30. November in London ein internationaler Eisenbahnerkongress abgehalten werden wird, wobei England, Deutschland, Frankreich, Belgien, Holland, Schweden, Desterreich, Italien und einige andere Länder vertreten sein werden.

Reich und Ausland.

Freigabe der beschlagnahmten Goldsendung. Die Beschlagnahme einer Goldsendung von 109 Kilogramm auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin ist wieder aufgehoben worden. Die Staatsanwaltschaft hat festgestellt, daß es sich bei dem Gold um eine ordnungsgemäße Goldsendung aus Schweden nach der Schweiz handelt. Das Gold dient als Zahlung für Waren, die von der Schweiz nach Schweden geliefert worden waren.

Ein wilder Theaterstreik in Berlin. Am Sonnabend abend sollte im Bernhard-Rose-Theater in Berlin eine Vorstellung für die „Unabhängigen“ stattfinden. Nach dem ersten Akt von Hauptmanns „Weber“ verweigerte das technische Personal plötzlich die Weiterarbeit, wenn nicht sofort eine neue Gehaltserhöhung von 350 M. pro Monat und Kopf von der Direktion bewilligt würde. Das wurde abgelehnt, und die Vorstellung konnte nicht weitergehen. Das Publikum raste. Für und wider den Streik wurde gestritten. Von der Bühne herab und vom Saal herauf wurde geschrien. Die Schauspieler lehnten es, ab den Streik mitzumachen und waren bereit, weiter zu spielen und auch die Kulissen aufzustellen. Das wollte aber wieder ein Teil des Publikums nicht. Man schrie „Lumpen“, „Streikbrecher“. Nun stellte sich heraus, daß an der Beleuchtungsanlage etwas gemacht worden war. Die Ohreute der „Unabhängigen“ erwiderten sehr scharf den Streik und riefen von der Bühne herab, daß etwa anwesende Elektrotechniker heraufkommen sollten, um die Beleuchtung wieder herzustellen. Nun gab es wieder großen Spektakel und schließlich mußte die Vorstellung abgebrochen werden. Am Sonntag nachmittag sollte gleichfalls eine „unabhängige“ Vorstellung stattfinden, die aber durch Streikposten verhindert wurde, die niemand in das Theater hineinließen. Am Sonntag abend schließlich wurden von Schauspielern die Kulissen aufgestellt und, soweit bekannt ist, wurde auch am Abend gespielt.

Kleinstunterzahlungen bei der Duisburger Fahrkartenausgabe. Auf dem Hauptbahnhof in Duisburg ist man in den letzten Tagen umfangreichen Unterzahlungen in der Fahrkartenausgabe auf die Spur gekommen. Bisher sind 17 Personen in Haft genommen worden. Es soll sich um Betrüger handeln, die unter Ausnutzung der Kontrollapparate abgeben wurden. Der hierdurch dem Staate zugefugte Schaden soll in die Hunderttausende, wenn nicht sogar in die Millionen gehen. Die Untersuchung ist in vollem Gange.

Kraubwurd. In Abwesenheit des Holzhändlers Lautenbacher wurde dessen Frau auf dem Anwesen in Röchel (Bayern) ermordet und beraubt. Es wurden 80 000 Mark für Geld geraubt. Als Täter wurde der 17-jährige Neffe der Ermordeten, der Bäckergehilfe Georg Lautenbacher, aus einem Automobil heraus verhaftet. Bei ihm wurde auch die geraubte Summe gefunden.

Wassersnot. Infolge der erneut eingetretenen Trockenperiode in Süddeutschland versiegen die Gebirgsflüsse und Bäche immer mehr. Im Schwarzwald sind mehrere Dörfer seit einigen Tagen ohne Wasser, da die Bäche ausgetrocknet sind. Die Wasserläufe des Rheins an des Nedars sind beispiellos niedrig. Aus Mainz wird gemeldet, daß infolge des außergewöhnlich niedrigen Wasserstandes der Flüsse die Schifffahrt unmöglich geworden ist, so daß die Stodung der Kohlenzufuhren nach Süddeutschland anhält.

Untergang eines deutschen Zweimasters. Vor Libau auf der Höhe von Bindau ging ein im Sturm festgeschlagener deutscher Zweimastkutter, der mit Braunkohle von Stockholm nach Stettin unterwegs war, unter. Die Mannschaft konnte gerettet werden.

Vermischtes.

Der Glodenpazi des Kriegsgewalters. In Hans Reimanns „Trauen“ lesen wir: In dem Industriedorfe Tuerbach im Erzgebirge hatte kürzlich ein Fabrikbesitzer ein Scherstein seines Kriegsgewalters angewendet, um seiner armen Gemeinde neue Kriegsgloden zu schenken. Die Gloden waren feierlich empfangen, feierlich geweiht und eingetaucht worden. Eines schönen Nach-

mittags im Oktober klangen die Gloden so festlich an, als wäre der Ostermorgen angebrochen. Hochzeit? Taufe? Beerdigung? Nichts von alledem. Die Glöckner vertaten endlich der neugierig aufstehenden Gemeinde, sie hätten auf persönlichen Wunsch des Stützers ihres Amtes walten müssen. Und das Dienstmädchen des Wächters plaudert aus: Tante Lina wäre zu Besuch gekommen und da habe er ihr nur einmal „leine“ Glöckchen vorführen wollen. Tags darauf trafen Tante Emma und Better Ludwig ein, und als Nachts gibt es wiederum Glöckengeläute. Weil Schiller seiner Glöcke das „Binos poco!“ vorangestellt hat, ruft der edle Glöckenspieler nach und nach seine gesamte lebende Verwandtschaft zusammen — man ist im Weizenfeld ringsum genau über die Besuche in der Lila des Fabrikbesizers unterrichtet, denn unter tief dem Erdensohne die Eisenbahn Verwandtschaft bringt, das schlägt an die metallne Krone, die es erbaut hat weiterklingt.

Tut dazu!

Von L. Uhl.

Ob wir schlappe, steife Kragen,
Kappen oder Hüte tragen,
Stiefeln tragen oder Schuh,
Ober ob wir Röcke nähen
Und zu Schuhen Drähte drehen:
Das tut, das tut nichts dazu.

Ob wir können präsidieren
Ober müssen Alten schmerzen,
Ohne Raft und ohne Ruh;
Ob wir juft Collegia lesen
Ober aber binden Besen:
Das tut, das tut nichts dazu.

Ob wir Neues bauen
Ober Alles nur verbauen,
Wie das Gras verbaut die Ruh;
Ob wir in der Welt was schaffen
Ober nur die Welt begaffen:
Das tut, das tut was dazu.

Ob im Kopfe etwas Grilze
Und im Herzen Licht und Hitze,
Daß es brennt in einem Nu;
Ober ob wir hinter Mauern
Steis im Dunkel träge lauern:
Das tut, das tut was dazu.

Ob wir rüstig und geschäftig,
Wo es gilt zu wirken kräftig,
Immer tapfer greifen zu:
Ober ob wir schläfrig denken:
„Gott wird's wohl im Schlafe sichten.“
Das tut, das tut was dazu.

Drum, Gefährten, Bürger, Brüder,
Alle eines Bundes Glieder,
Was auch jeder von uns tu' —
Alle, die dies Lied gesungen,

So die Alten wie die Jungen,
Tun wir, tun wir dann dazu!

Devisen-Kurse.

Hamburg, 28. November.			
Antliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.			
		28. Nov.	29. Nov.
Holland	100 fl.	2097 3/4	2182 1/2
Kopenhagen	100 Kr.	987 1/2	940
Stockholm	100 Kr.	987 1/2	1842 1/2
Kristiania	100 Kr.	987 1/2	982 3/4
Helsingfors	100 Finn. Mk.	—	152 1/2
Schweiz	100 Frs.	1080	1092 1/2
Wien (alt)	100 Kr.	—	—
do. (neu)	100 Kr.	21 1/2	21 3/4
Budapest	100 Kr.	16 1/2	—
Brag	100 Kr.	87	86
Spanien	100 Pesetas	—	940
London	1 £	240 1/4	248
Paris	100 Frs.	492	429 1/2
Belgien	100 Frs.	462	459 1/2
Italien	100 Lire	260	270
Butarest	100 Lei	—	—
N. York telegr. Ausz. 1 Doll.		68 1/2	69 1/2
do. briefl. Ausz. od. Schect		67 1/2	68 1/2

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrtzeit	Lage	Stb.
Angekommen am 23. November.							
D.		Castor	Müller	Kiel			8
D.		Steinweg	Boß	Rostock			8
D.		Finnland	Watson	Abö			4
D.		Kanal III	Stolmann	Karlstrona			1



Die Meggendorfer Blätter

sind das schönste farbige Witzblatt für die Familie

Vierteljährl. 13 Nummern M. 12.60 beim Postamt oder vom Verlag. Die einzelne Nummer kostet M. 1.—

Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Am besten unterrichtet über den Inhalt ein Probeband, der 5 Nummern enthält und bei jeder Buchhandlung nur Mark 1.20 kostet. Gegen weitere 60 Pfennig für Porto auch direkt vom Verlag, München, Perusastrasse 5 zu beziehen.